

ten Brink, Tobias

Working Paper

Strukturmerkmale des chinesischen Kapitalismus

MPIfG Discussion Paper, No. 10/1

Provided in Cooperation with:

Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIfG), Cologne

Suggested Citation: ten Brink, Tobias (2010) : Strukturmerkmale des chinesischen Kapitalismus, MPIfG Discussion Paper, No. 10/1, Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/39233>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



MPIfG Discussion Paper 10/1

Strukturmerkmale des chinesischen Kapitalismus

Tobias ten Brink



Tobias ten Brink
Strukturmerkmale des chinesischen Kapitalismus

MPIfG Discussion Paper 10/1
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln
Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne
February 2010

MPIfG Discussion Paper
ISSN 0944-2073 (Print)
ISSN 1864-4325 (Internet)

© 2010 by the author(s)

Tobias ten Brink is Postdoctoral Fellow at the Max Planck Institute for the Study of Societies.
tenbrink@mpifg.de

MPIfG Discussion Papers are refereed scholarly papers of the kind that are publishable in a peer-reviewed disciplinary journal. Their objective is to contribute to the cumulative improvement of theoretical knowledge. The papers can be ordered from the institute for a small fee (hard copies) or downloaded free of charge (PDF).

Downloads

www.mpifg.de
Go to *Publications / Discussion Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Max Planck Institute for the Study of Societies
Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 221 2767-0
Fax +49 221 2767-555

www.mpifg.de
info@mpifg.de

Abstract

Research on capitalism has yielded many tools that are useful for analyzing the Chinese economy. They enable us to develop a well-founded characterization of China as a specific variant of capitalism – a market-liberal, competition-driven state capitalism. It is possible to differentiate some of the peculiarities of the Chinese system – a dynamic form of political dirigisme, particular forms of competition and private-public company organization, a specific variant of corporatism in work relations, and strict regulation of money and financial relations. Another special feature is a conflictive-cooperative approach toward integrating into the world economy, into East Asian relations, and into further transnational relations within a “China Circle.” Nevertheless, the continuity of the Chinese trajectory is currently threatened by the crisis-prone process of globalization.

Zusammenfassung

Für ein Verständnis der chinesischen Wirtschaft ist es hilfreich, das theoretische Instrumentarium der Kapitalismusforschung nutzbar zu machen. Es ermöglicht eine fundierte Charakterisierung des chinesischen Systems als einer eigentümlichen Spielart des Kapitalismus – eines marktliberalen, wettbewerbsgetriebenen Staatskapitalismus. Zu den Eigentümlichkeiten des chinesischen Kapitalismus gehören ein dynamischer Staatsdirigismus, eine besondere Form des Wettbewerbs und der privat-öffentlichen Unternehmensorganisation, eine spezifische Variante des Korporatismus in den Arbeitsbeziehungen sowie eine strikte Regulierung der Geld- und Finanzbeziehungen. Hinzu tritt eine spezifische Form der konfliktorisch-kooperativen Integration Chinas in weltwirtschaftliche und ostasiatische Beziehungen sowie in weitere transnationale Beziehungen eines „China Circle“. Die Kontinuität des chinesischen Entwicklungspfades wird gleichwohl durch die gegenwärtig krisenhaft verlaufenden Globalisierungsprozesse bedroht.

Inhalt

1	Umriss eines Untersuchungsrahmens	5
2	(Partei-)Staat und regionalisierte Macht: Zum politischen System Chinas	11
	Intaktes Herrschaftsmonopol? Zur Bedeutung der Partei	12
	Regionalisierte Macht	14
	Rezentralisierungsbemühungen	17
3	Unternehmensorganisation und Formen des Wettbewerbs	17
	Unternehmenstypen	20
	Privat-öffentliche Wirtschaftsregime: Mikrostrukturen des chinesischen Staatskapitalismus	22
4	Arbeitsbeziehungen im chinesischen Korporatismus	24
	Tripartismus mit vier Parteien	29
5	Finanzsystem und Geldbeziehungen	30
	Kapitalmärkte	32
6	China in der Weltwirtschaft	33
	Glückliche Fügungen: Globale Überakkumulation und die Rolle der Auslandsdirektinvestitionen	34
	Die Bedeutung Ostasiens	37
	Der China Circle und die Überseechinesen	39
7	Fazit: Staatskapitalismus in China	40
	Literatur	41

Der Aufstieg Chinas zur drittgrößten Volkswirtschaft der Erde hat eine historische Bedeutung. In den letzten Jahrzehnten wurden eine Reihe von Studien zur Transformation des Landes veröffentlicht. In vielerlei Hinsicht sind dabei Charakteristika der Reformpolitik und des sozialen Wandels erfasst worden. Bei der Frage, um was für eine gesellschaftliche Formation es sich in der VR China gegenwärtig handelt, gehen aber die Meinungen in den Wirtschafts-, Sozialwissenschaften sowie der traditionellen Chinaforschung auseinander. Einer der renommiertesten Ökonomen der Gegenwart, Douglass C. North, merkt an: „Yet none of the standard models of economic and political theory can explain China. [...] China still does not have well-specified property rights, town-village enterprises hardly resembled the standard firm of economics, and it remains to this day a communist dictatorship“ (North 2005). Indem er im Weiteren darauf verweist, dass ein Verständnis der anpassungsfähigen, lernenden Institutionen in China das „Geheimnis“ lüften könnte, greift er der Fragestellung dieses Artikels, der erste Ergebnisse einer umfassenderen Untersuchung Chinas präsentiert, gewissermaßen voraus: Die Spezifik des chinesischen Systems als einer eigentümlichen Form des Kapitalismus, so meine These, muss herausgearbeitet werden, um sowohl die Dynamik Chinas verstehen als auch einen Überblick über die Strukturen dieses Landes mit kontinentalen Ausmaßen erhalten zu können. Im Jahr 2008 durchlief die Volksrepublik ihr dreißigstes Reformjahr. Diese Periode übertrifft damit die „maoistische“ Epoche von 1949 bis 1978 bereits um ein Jahr. Auch wenn von vielen Autoren die Dynamik der Reformpolitik als Argument dafür dient, auf den un abgeschlossenen Hybridcharakter des Landes zu verweisen, lässt sich meines Erachtens mittlerweile ein klareres Urteil über die Wesensmerkmale des chinesischen Systems bilden.¹ Das im Folgenden nur in groben Zügen umrissene kapitalismustheoretische Analyseraster kann hierfür hilfreich sein.

1 Umriss eines Untersuchungsrahmens

Zur Charakterisierung der Transformationsprozesse in der VR China lassen sich grob zwei Positionen unterscheiden: Einige Autoren gehen, ähnlich der offiziellen Position der chinesischen Staatsführung, nach wie vor von einer relativ intakten Grundlage einer nichtkapitalistischen Gesellschaft aus. Die These einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ sowie die führende Rolle der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) werden

Ich bedanke mich bei Martin Höpner, Roy Karadag, Boy Lüthje, Chris McNally, Geny Piotti und Sum Ngai-Ling für kritische Kommentierungen und wertvolle Hinweise.

1 Viele der folgenden Überlegungen werden nur angedeutet oder bewegen sich auf einem hohen Abstraktionsniveau. Die Arbeit ist zusätzlich dadurch beschränkt, dass nicht alle institutionellen Grundlagen und gesellschaftlichen Kontextbedingungen berücksichtigt werden. Dazu gehören Chinas gewaltige interne Polarisierung und die hiermit verbundenen Widerspruchs dynamiken. Die Koexistenz hoch technologischer Räume mit großen agrarisch geprägten, rückständigen Gebieten konstituiert ein regelrecht gespaltenes Akkumulationsmodell und stellen den Versuch infrage, China als ein mehr oder weniger einheitliches System zu beschreiben.

als Anzeichen verstanden, dass sich die Volksrepublik mithilfe einer partiellen Öffnung in Richtung des Marktes lediglich in einem Durchgangsstadium zu entwickelten Formen einer sozialistischen Gesellschaft befindet (vgl. Itoh 2003). Selbst Autoren, die sich der Konzeption einer „marktsozialistischen“ Gesellschaft bedienen, beurteilen diese Annahmen skeptisch (Lippit 1997). In keinem der vorherrschenden Unternehmenstypen besitzen die Arbeitnehmer beispielsweise mehr demokratische Kontrolle als Arbeitnehmer in kapitalistischen Gesellschaften. Die marktliche Allokation ist kein Instrument eines vorwiegend im Interesse der Bedürfnisbefriedigung gesteuerten Systems und dominiert auch andere soziale Austauschprozesse in steigendem Maße.

Eine Gegenposition sieht die zunehmende Bedeutung des Privateigentums als Ausdruck einer Umstrukturierung Chinas, die ähnliche liberale Züge trägt wie Prozesse in anderen Teilen der Erde. Die modernisierungsfreundlichen Teile des Partei- und Staatsapparates im Bündnis mit chinesischen Unternehmern und transnationalen Konzernen lassen eine politisch kaum mehr gebremste liberale Marktwirtschaft entstehen (vgl. Hart-Landsberg/Burkett 2005; Wilson 2007).

Der hier vorgelegten Perspektive zufolge hat sich in der VR China eine eigenständige Spielart des Kapitalismus herausgebildet. Das chinesische System zeichnet sich durch eine bislang einmalige Transformation eines planwirtschaftlichen in ein stärker marktlich gesteuertes System aus, das gleichwohl durch eine gewisse Kontinuität in den politischen und sozialen Institutionen gekennzeichnet ist. In der Chinaforschung wird an diese Dimension der sowohl pfadabhängigen als auch pfadgestaltenden Umstrukturierung bereits länger angeknüpft (vgl. McMillan/Naughton 1996; Tsai 2007). Gradueller institutioneller Wandel führt in China nicht zur radikalen Ersetzung eines institutionellen Arrangements durch ein anderes, sondern zur Rekombination und Überlagerung, die Prozesse der institutionellen Konversion induzieren. Die handelnden Akteure führen die Transformation im Rahmen vorgefundener Strukturen und nicht einfach auf den Ruinen „staatssozialistischer“ Institutionen durch. Das Erbe der bürokratischen Planwirtschaft, einer herrschenden kommunistischen Partei und eines industriellen Spätentwicklers drückt dem chinesischen Modell demzufolge auf absehbare Zeit seinen Stempel auf.

Um die Spezifik des chinesischen Modells untersuchen zu können, muss der historischen Variabilität kapitalistischer Systeme Rechnung getragen werden. Die sozialwissenschaftliche Chinaforschung spricht dieses Problem an, hebt es aber selten auf eine theoretische Ebene. Zur Untersuchung kapitalistischer Systeme stehen eine Reihe innovativer Instrumente zur Verfügung. Ein Ausgangspunkt für die Notwendigkeit der Differenzierung verschiedener Kapitalismen ist die Erkenntnis, dass es raumzeitliche Ungleichheiten in den wichtigsten Subsystemen der globalen Ökonomie gibt: Die nationalen Volkswirtschaften konvergieren nicht einfach zu einer homogenen weltwirtschaftlichen Einheit. Ein Geflecht sich unterscheidender, aber miteinander verbundener und durch ständige Differenzierungs- und Anpassungsprozesse gekennzeichneter Kapitalismen konstituiert das globale System. Dabei ist auf Erkenntnisse zurückzugreifen, die marktliche Prozesse in modernen Wirtschaften in ihrer institutionellen Einbettung

zu begreifen versuchen und ökonomische Prozesse immer auch in ihrem Verhältnis zum Staat beziehungsweise zum Recht, und erweitert, zu den soziokulturellen und normativen Rahmenbedingungen zu fassen versuchen.

Auf der Grundlage einer kritischen Aufarbeitung gegenwärtiger Kapitalismustheorien lässt sich ein Untersuchungsansatz formulieren, der fünf Strukturmerkmale kapitalistischer Systeme² unterscheidet, deren Mischungsverhältnisse jeweils unterschiedliche konkrete Spielarten des Kapitalismus hervorbringen (vgl. ten Brink 2008: 50–97).³ Dem liegt die Einschätzung zugrunde, dass die Untersuchung der „Vielfalt“ nicht dazu führen darf, die übergreifende „Identität“ kapitalistischer Strukturen – die Ebene der „commonalities“ (Streeck 2009) – auszublenden.⁴ Hierzu gehören:

– *Die horizontale Achse kapitalistischer Sozialbeziehungen*

Die systemische Notwendigkeit der erweiterten Akkumulation und Innovation setzt sich in kapitalistischen Ökonomien vermittelt durch die Konkurrenz zwischen Unternehmen durch. Diese wirkt als sozialer Sanktionsmechanismus, der jedes Einzelkapital dem Zwang zur Akkumulation bei Strafe der Existenzgefährdung unterwirft. Die sich steigernde wechselseitige Abhängigkeit sozioökonomischer Prozesse bildet nur eine Seite des modernen Reproduktionsprozesses. Seine spezifische kapitalistische Form entwickelt er im Rahmen der wettbewerbsgetriebenen Akkumulation, der Konkurrenz zwischen den Produktionseinheiten, die eine ungleichzeitige, kombinierte und krisenhafte Dynamik generiert. Kapitalistische Märkte entstehen in der Regel in einer dezentralen Weise und sind nur bis zu einem gewissen Grad steuerbar. Die Untersuchung der spezifischen institutionellen Voraussetzungen, unter denen sich der Akkumulationszwang durchsetzt und die die Kooperations- und Konkurrenzverhältnisse zwischen Unternehmen bestimmen (zum Beispiel im Falle Chinas die politische Rahmung des unternehmerischen Handelns sowie Vertrauen oder Sozialkapital), bildet eine Grundlage der Kapitalismusforschung (siehe Punkt 3).

2 Davon zu unterscheiden ist der Begriff der kapitalistischen „Gesellschaft“, da letztere weitere Institutionen oder Dimensionen umfasst (etwa Hausarbeit, Familie, kulturelle Phänomene).

3 Hierbei muss auf Einsichten der Kapitalismusforschung, der Internationalen Politischen Ökonomie, der Regulationstheorie sowie in wirtschaftssoziologischen Ansätzen zurückgegriffen werden (vgl. Amable 2003; Crouch/Streeck 1997; zur IPÖ: Bieling 2007; zur Regulationstheorie: Hollingsworth/Boyer 1997; Jessop/Sum 2006; Coates 2000; zur Wirtschaftssoziologie: Beckert/Diaz-Bone/Ganßmann 2007; Swedberg 2005). Eine direkte Übertragung der Modelle der vergleichenden Kapitalismusforschung (liberale und koordinierte Marktwirtschaften) auf den Raum Chinas erweist sich als unzulänglich (vgl. Ahrens/Jünemann 2006; Puffer/McCarthy/Wilson 2007; Wilson 2007).

4 Unberücksichtigt bleibt an dieser Stelle, dass diese Merkmale in unterschiedlichen Phasen des Kapitalismus in diversen, typischen Kombinationen auftreten. Die Strukturmerkmale werden historisch vermittelt durch gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen reproduziert und modifiziert. Abgesehen wird ebenso von Dimensionen der Einbettung kapitalistischer Systeme (Normen, soziokulturelle Dimensionen), die grundlegende Muster kapitalistischer Vergesellschaftung überlagern können. Auch wenn in China Momente der „westlichen“ Zivilisation adaptiert worden sind, wird die Gesellschaft immer noch von eigenen kulturellen Traditionen überformt (vgl. Arnason 2003).

– *Die vertikale Achse kapitalistischer Sozialbeziehungen*

Die Dynamik kapitalistischer Systeme resultiert nicht nur aus den horizontalen Beziehungen zwischen den Unternehmen. Soziale Stratifizierungen und insbesondere die vertikale „Klassenpolarisierung zwischen Vermögensbesitzern und Vermögenslosen und die durch sie geschaffene sozialstrukturelle Spannung“ ist eine weitere „objektive Grundbedingung kapitalistischer Dynamik“ (Deutschmann 2009: 38). Deutschmann zufolge gäbe es ohne diese Spannung kein Aufstiegsmotiv und auch keine Innovationskonkurrenz. Die Kapitalakkumulation beruht auf der privaten Aneignung der produzierten Waren, die nicht auf einem zuvor hergestellten gesellschaftlichen Konsens gründet, sondern durch Tauschdynamiken bestimmt und sanktioniert ist. Mit dem Lohnarbeitsverhältnis und der Entstehung korporatistischer Arbeitsbeziehungen sind spezifische Eigentums- und Verfügungsverhältnisse verbunden, die die Partizipation der sozialen Akteure an den ökonomischen Entscheidungs-, Planungs- und Kontrollprozessen über Produktion, Verteilung und Konsumtion maßgeblich bestimmen – und in eine Untersuchung kapitalistischer Systeme beziehungsweise spezifischer Produktionsregime einfließen müssen (siehe Punkt 4).⁵

– *Geldverhältnisse*

Das Geld ist ein grundlegendes Medium der Vergesellschaftung in der kapitalistischen Produktionsweise. Der Kreislauf des industriellen Kapitals gewinnt durch den Mechanismus des Kredits, des Verkaufs von Aktien oder ähnlichem seine charakteristische Elastizität. Zugleich unterliegen kapitalistische Akteure sowie die Tätigkeit des Staates, der sich seine materiellen Ressourcen in Geldform beschafft, einer Geldbeschränkung. Geld beziehungsweise das in Kapital verwandelte Geld spielt in modernen Kapitalismen darüber hinaus keineswegs nur eine ökonomische Rolle, sondern kann die Funktion der „Repräsentation der Einheit der Gesellschaft“ übernehmen (Deutschmann 2009: 9). Je spezifische Geld- und Finanzverhältnisse beziehungsweise die Etablierung von Währungsräumen und Finanzsystemen führen zur Ausdifferenzierung unterschiedlicher Spielarten des Kapitalismus (siehe Punkt 5).

– *Die Besonderung des Staates und die Interaktion zwischen ökonomischen und politischen Akteuren*

Die Analyse der Unternehmens-, der Arbeits- und der Geldbeziehungen hat immer auch die gesamtgesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse zu thematisieren. Eine avancierte ökonomische Analyse muss immer auch Politikanalyse sein. Dabei gilt es erst einmal festzuhalten, dass ohne eine relativ autonome politische Instanz, die das Gewaltmonopol innehat, eine gelingende Kapitalakkumulation nicht vorstellbar ist. Der Staat als ein Ensemble widersprüchlicher Beziehungen garantiert eine Reihe von sozialen, rechtlichen und infrastrukturellen Integrations- und Anpassungs-

5 In China fallen juristisches Eigentum und faktische Verfügungsgewalt über Produktionsmittel häufig in dem Maße auseinander, wie die juristischen Eigentümer (staatliche Instanzen) die Verfügungsmacht ganz oder partiell an andere Akteure abtreten (zum Beispiel an Landwirte und Unternehmer).

leistungen, die die Aufrechterhaltung kapitalistischer Vergesellschaftung allererst ermöglichen (zum Beispiel Vertragsverhältnisse, Infrastrukturmaßnahmen, Ausbildungssektor). „Wirtschaft“ und „Politik“ bilden ein Geflecht, das durch strukturelle Interdependenzen gekennzeichnet ist (vgl. Block 1994). Staatliches Handeln spielt bei der Gestaltung wirtschaftlicher Vorgänge eine konstitutive Rolle. Nicht nur die Unternehmen sind abhängig von den jeweiligen staatlichen Instanzen, umgekehrt hängt die Existenz des Einzelstaates von den erfolgreichen Aktivitäten der jeweiligen nationalen Wirtschaft ab. Einzelstaatliche politische Apparate befinden sich in einer strukturellen Abhängigkeit von einer gelingenden Akkumulation innerhalb ihres Hoheitsgebietes, die sich etwa in dem Interesse am Erhalt der Besteuerungsgrundlagen ausdrückt.

Der kapitalistische Einzelstaat versucht, rechtliche Ordnungsaufgaben, ökonomische Aufgaben und politische Aufgaben zu garantieren, die nicht von vornherein als erfüllt gelten können. Die sich in der Realität überkreuzenden Aufgabenbereiche des Staates und seine sedimentierten institutionellen Merkmale begründen distinkte politische Systeme (etwa die liberale Demokratie oder, im Falle Chinas, den „Partei-Staat“). Um politische Systeme voneinander abgrenzen zu können, müssen ferner unterschiedliche Grade und Formen der Staatsintervention berücksichtigt werden. Die Staatsintervention sowie das Staatseigentum müssen keine Negation kapitalistischer Eigentumsverhältnisse darstellen, sondern können als eine unter mehreren Formen der partikularen Verfügung über ökonomische und politische Macht fungieren (etwa in der Form des Staatskapitals oder der für China typischen privat-öffentlichen Netzwerke auf lokaler Ebene; siehe Punkt 2 und 3.1).

– *Die inter- und transnationale Einbettung kapitalistischer Systeme*

Kapitalistische Systeme sind erst vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Integration in weltwirtschaftliche, weltpolitische und weitere intergesellschaftliche Beziehungen angemessen zu analysieren – die Bedeutung des chinesischen „Exportismus“ steht hierfür beispielhaft. Eine methodologisch auf den nationalen Raum verengte Perspektive, die dazu tendiert, Globalisierungssphänomene gering zu schätzen und weltwirtschaftliche Wechselverhältnisse unberücksichtigt zu lassen, droht zu Vereinfachungen der Analyse zu führen (siehe Punkt 6).

Die in der Volksrepublik China vorzufindende spezifische Kombination dieser fünf Merkmale konstituiert eine eigentümliche Spielart des Kapitalismus. In Ermangelung eines passenderen Begriffs wird China im Folgenden als Variante des *Staatskapitalismus* betrachtet, genau genommen als seine „marktliberale“, wettbewerbsgetriebene Spielart. Der Terminus „marktliberal“ darf nicht mit dem politischen Liberalismus verwechselt werden. Das auf den ersten Blick Paradoxe an diesem Begriff weist auf ein fundamentales Problem gegenwärtiger Kapitalismusforschung hin – eine unzulängliche Verengung auf ökonomische Prozesse, die dem Faktor des Politischen keine zureichende Bedeutung beimisst. Die symbiotischen Beziehungen zwischen (vielfach lokalen) Staatsorganen und Unternehmen – mit dem Terminus „red capitalist“ wird auf diese, in das Ge-

sellschaftssystem eingebettete Wirklichkeit einer staatskapitalistischen Unternehmenskultur verwiesen (Dickson 2007; McNally 2007) – widerspricht zudem der im Westen beinahe allgemeingültigen Ansicht einer *Separierung* von Politik und Ökonomie, da das Agieren staatlicher und privater Akteure nicht ohne Weiteres institutionell abgegrenzt verläuft oder die Grenzen verschwimmen.⁶

Eine zentrale Frage der Untersuchung lautet demzufolge nicht, in welcher Weise sich der Parteistaat gegenüber den Vermarktlichungstendenzen zurückdrängen lässt, sondern vielmehr, wie dieser zur Konstituierung einer neuartigen Form des Kapitalismus beigetragen hat und weiterhin wird. Insofern knüpft der vorliegende Ansatz an frühere kapitalismustheoretische Einsichten (von Marx, Weber und Polanyi über die Kritische Theorie bis hin zu Castoriadis oder Michael Mann) an, die von der Möglichkeit einer parallelen beziehungsweise verknüpften Expansion marktwirtschaftlicher und staatlich-bürokratischer Strukturen in der Moderne ausgehen.⁷

Analog zu den im theoretischen Rahmen entwickelten Strukturmerkmalen werden nun zentrale Dimensionen des chinesischen Staatskapitalismus beschrieben. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Parteistaates wird zuerst das politische System diskutiert.

6 Die anpassungsfähigen Institutionen Chinas deuten auf Kontinuitäten zur historischen Entwicklung vor 1978 hin, in der der Reformprozess sozialstrukturell einen „Schritt zur Seite“ verkörpert, von einer Form der bürokratischen Klassengesellschaft in eine andere. Auch unter Mao war die ökonomische Ausbeutung der Arbeitskräfte Grundlage der unbegrenzten Ausdehnung der Beherrschung von Natur und Gesellschaft sowie der unbegrenzten Entfaltung der Produktivkräfte – wenngleich sie eine andere Gestalt annahm. Im Prinzip wurde von der herrschenden Bürokratie der Versuch unternommen, die gesamte Gesellschaft auf zweckrationales Handeln auszurichten. Die im Vergleich zur Privatwirtschaft vollzogene Formveränderung der Aneignung von Mehrarbeit wurde vor 1978 vorwiegend in einer vermittelten, politisch von oben herab verfügten Weise realisiert. Dass die Machteliten gegenwärtig eine private gegenüber einer staatlichen Verfügung der Produktionsmittel beziehungsweise eine Koexistenz beider bevorzugen, weist nicht auf eine revolutionäre Neuorganisation Chinas, sondern auf eine Formveränderung der Herrschaft im Rahmen eines graduellen institutionellen Wandels hin.

7 Eine genauere Diskussion neuerer kapitalismustheoretischer Ansätze und Kapitalismustypologien muss an dieser Stelle genauso unberücksichtigt bleiben wie die Frage, in wieweit die Kategorie des Staatskapitalismus zur Untersuchung anderer Kapitalismen hilfreich ist. In der neueren Kapitalismusforschung sowie zur Untersuchung von einigen osteuropäischen und zentralasiatischen Transformationsländern wird unter anderem mit der Kategorie des „politischen Kapitalismus“ (Eyal/Szelényi/Townsley 2000) oder des Staatskapitalismus, als einer seiner Varianten, gearbeitet (Schneider 2008; Lane/Myant 2007). In der vergleichenden Kapitalismusforschung versucht Schmidt mit dem Typus des Staatskapitalismus Länder wie Frankreich von koordinierten Marktwirtschaften wie der BRD abzugrenzen (Schmidt 2003).

2 (Partei-)Staat und regionalisierte Macht: Zum politischen System Chinas

Das Herauswachsen aus dem Plan vollzog sich in der Volksrepublik im Rahmen eines restrukturierten, staatlich regulierten Institutionengeflechts. Dabei hat ein Übergang von einer bürokratisch-autoritären Entwicklungsdiktatur hin zu einer regionalisierten staatskapitalistischen Regulierung stattgefunden. Der autoritäre chinesische Staat bearbeitet in einer reartikulierten Weise grundlegende Widersprüche des Akkumulationsmodus; in einer bemerkenswerten Kombination zentraler und dezentraler Macht.⁸

Politische Institutionen stellen in China grundlegende Rahmenbedingungen der Akkumulation bereit – eine administrativ-ordnungssetzende Struktur (Verwaltung, Rechtswesen), eine wirtschaftliche Infrastruktur (zum Beispiel Transportwesen, Kommunikation) sowie weitere Regulierungen (etwa in den Arbeitsbeziehungen). Es werden Anstrengungen zur Unterstützung „generativer“ Wirtschaftssektoren (zum Beispiel Stahlproduktion, Energiesektor) unternommen (Ciccantell/Bunker 2004: 578–580). Der Bau des Dreischluchtendamms ist dabei nur eines unter vielen Projekten gewesen. In den nächsten Jahren wird die Länge des Autobahnnetzes zu dem der USA aufschließen.

Den im Zuge der Privatisierung zahlreicher Staatsunternehmen (*State Owned Enterprises*, SOEs) und der Asienkrise ab 1997 aufgetretenen Desintegrationstendenzen begegnete der Zentralstaat ab 1998 mit, an keynesianische Krisen- und Konjunkturprogramme erinnernden makropolitischen Interventionen mit einem Volumen von etwa 3.200 Mrd. Yuan, was in etwa 320 Mrd. Euro entspricht (Lo 2007). Eine ähnliche Funktion besitzen die noch größeren Konjunkturprogramme, die im Zuge der Weltwirtschaftskrise ab 2008 aufgelegt werden und gemessen am BIP alle anderen großen Industrienationen übertreffen.

Festlandchina kontrastiert mit seinen entwicklungspolitischen Vorbildern in Ostasien in mehrfacher Hinsicht: Erstens übertrifft die Größe des Territoriums der Volksrepublik alle anderen Staaten bei Weitem. Zweitens setzte die hochindustrielle Entwicklung

8 Die Aufgaben des Staates werden im Folgenden vorwiegend im Bereich der Wirtschaftspolitik beschrieben, der Ausbau des Rechtsstaates und die politischen Fragen der Herrschaftssicherung und Konsensbildung bleiben weitgehend unberücksichtigt. Der Parteistaat hat in China über einen langen Zeitraum die Bedeutung eines Rechtssystems gering geschätzt: Die „führende“ Rolle der KPCh in Staat und Gesellschaft war zwar rechtlich festgeschrieben, die Partei selbst begründete ihren Herrschaftsanspruch allerdings unter Verweis auf ihr privilegiertes Wissen um den Weg des historischen Prozesses zum Kommunismus. Die in den letzten Jahrzehnten unternommenen Bemühungen zur Etablierung eines Rechtsstaates dienen primär der effizienten Regulierung der Ökonomie. Die Geschichte des Landes könnte insofern auch im Spiegel der vorgenommenen Verfassungsänderungen gelesen werden (zum Beispiel die Garantie des Privateigentums 2004 oder die Verkündung eines Eigentumsrechts 2007, das privatem und staatlichem Eigentum denselben Schutz garantiert). Ein Produkt dieser Entwicklung ist der Bedeutungszuwachs der Recht sprechenden Gewalt im Staat. Um die Einhaltung der neuen Gesetze und Verordnungen überwachen zu können, nahm die Zahl der Beschäftigten in der Judikative erheblich zu, auf über 10 Mio. Menschen an der Jahrtausendwende.

Chinas zeitlich später ein. Die VR entwickelte ihre Wirtschaft in einer Phase fortschrittlicher Transnationalisierung und traf dabei gleichermaßen auf eine neuartige Gelegenheitsstruktur wie auf weltwirtschaftliche Instabilitäten, die zu einer vergleichsweise stärkeren Öffnung der Volkswirtschaft führten. Drittens gründete die Volkswirtschaft stärker als die ostasiatischen Konkurrenten auf planwirtschaftlichen Elementen und einem der Weltwirtschaft aversiv gegenüberstehenden politischen System (vgl. McNally/Chu 2006).

Ähnlich wie in anderen Entwicklungsstaaten stand die Industriepolitik seit Ende der Siebzigerjahre im Zentrum der staatlichen Aufmerksamkeit. Mithilfe von Markteintrittsregulierungen sowie einer modifizierten Steuer- und Kreditvergabepolitik beeinflussten die staatlichen Verwaltungen die Richtung der Transformation. Mehrere Wellen der bürokratischen Restrukturierung führten zu Versuchen, „supraministeriale“ Institutionen zu schaffen. Die Anzahl zentraler Ministerien wurde von 40 auf 29 reduziert und bestimmte Ressorts (wie beispielsweise das Chemieministerium) in den Aufgabenbereich der „State Economic and Trade Commission“ (SETC) integriert. Doch erst im Jahr 2003 konnte die alte Idee, eine dem japanischen „Ministerium für Internationalen Handel und Industrie“ (MITI, heute METI) nachempfundene Behörde zu installieren, tatsächlich umgesetzt werden. Die SETC und die „State Development Planning Commission“ wurden fusioniert und bilden als reorganisierte „National Development and Reform Commission“ nunmehr ein Zentrum der Organisation industrieller Entwicklung (Saich 2004: 121–136).

Elemente der Planung existieren in einer modifizierten Form weiter: Der gewaltige Partei- und Regierungsapparat von der Zentrale bis auf die Kreisebene und die miteinander verwobenen Organisationsstrukturen der staatlichen Institutionen haben sich nicht aufgelöst. Die Macht der Behörden ist nie gebrochen worden. Dabei lassen sich Elemente einer „Ökonomisierung“ des staatlichen Sektors und der Partei nachweisen, in deren Gefolge es in den letzten Jahrzehnten unter der Maßgabe einer internen Rationalisierung zur Übernahme betriebswirtschaftlicher Kosten-Ertrags-Kalküle kam (Yang 2004: 150–152). Die große Unternehmensreform von 1994 und die Etablierung neuer organisatorischer Standards wie die Ersetzung von direkten Partei- und Staatskontrollen durch unabhängigere Unternehmensvorstände schränkten den Zugriff staatlicher Autoritäten zwar erst einmal ein, resultierten jedoch in einer, von den staatlichen Instanzen keineswegs per se unkontrollierten Modernisierung. Die Staatskontrolle überlebt in einer gewandelten Weise, etwa in der Form des Besitzes von Aktienanteilen börsennotierter Firmen.

Intaktes Herrschaftsmonopol? Zur Bedeutung der Partei

Die Doppelstruktur von Partei und Staat, in der idealtypisch die Partei die politischen Vorgaben festlegt, die von den Verwaltungsorganen des Staates umgesetzt werden, hat

sich alles in allem als erstaunlich flexibel erwiesen. Der Wandel vom redistributiven Staat zum beziehungsweise zu den „entrepreneurial state(s)“ (Wu 2008: 1095) – in dem die KPCh integraler Bestandteil des Staatsapparates selbst ist – erfolgte auch aus der Einsicht großer Teile der Machteliten in die Notwendigkeit der nachhaltigen Reformierung des Systems nach der Kulturrevolution. Auch wenn innerhalb der Machteliten Zentrifugalkräfte wirken, bildet deren relative Homogenität einen Spielraum für die Initiierung und Implementierung neuer Politiken und gestattet ein relativ erfolgreiches Experimentieren im Rahmen der Praxis des „Trial-and-Error“.

Im heutigen China agiert die Partei mit ihren 70 Mio. Mitgliedern gewissermaßen als Volkspartei der Modernisierung⁹, die den gesellschaftlichen Wandel zu kontrollieren versucht – und noch immer als eine Schleuse in die Machtelite fungiert. Die KPCh besitzt ein weitgehend intaktes Herrschaftsmonopol (Heberer/Senz 2009).¹⁰

Die Rolle der KPCh ist nicht mit den großen Parteien in liberalen Demokratien zu vergleichen, weil sie als Instrument der Staats- und Wirtschaftsentwicklung gewissermaßen oberhalb des Staates anzusiedeln ist. Von den etwa 40 Mio. offiziell als Kader bezeichneten Menschen, die im öffentlichen Dienst, in Militär oder Partei arbeiten und deren Status ihnen Privilegien zusichert – ab den Neunzigerjahren wurden noch einmal Führungskader und Nicht-Führungskader unterschieden –, besitzt die absolute Mehrheit die Parteimitgliedschaft (Brodsgaard 2004; vgl. Saich 2004: 110–112).

In den letzten Jahren konnte ein partieller Rückzug der KPCh aus dem Gesetzgebungsprozess und den tagtäglichen administrativen Tätigkeiten beobachtet werden. Die wachsende Bedeutung des Volkskongresses auch und gerade auf Provinzebene spiegelt damit zu einem gewissen Grad einen gesellschaftlichen Pluralisierungsprozess und eine lokale Autonomie, die wiederum mit der wirtschaftlichen Regionalisierung des Landes verbunden sind. Die KPCh kann demzufolge als eine zunehmend „reaktiv gestaltende“ Partei bezeichnet werden, die sich auf autoritär-konsultative Art und Weise ihre Überlebensfähigkeit sichert (Hartig 2008: 29).¹¹

9 Hier kann nicht auf die wechselvolle Geschichte der KPCh eingegangen werden. Nach ihrer landesweiten Machtübernahme 1949 zielte die Partei auf die nationale Entwicklung, gegründet auf einer kollektivistischen Ideologie. Ähnlich wie in anderen unentwickelten Teilen der Erde wurde mithilfe eines staatlichen Dirigismus versucht, einen Wachstumspfad einzuschlagen. Der etatistische Nationalismus der KPCh stellte einen Anpassungsversuch dar, in einer Welt zu überleben, die von wesentlich entwickelteren Ländern beherrscht wurde (vgl. Harris 1978).

10 Die KPCh hat von 2002 bis 2007 etwa 13 Mio. neue Mitglieder aufgenommen, was für die fortgesetzte Bedeutung der Partei spricht (Hartig 2008: 158–159). Bedeutsam sind auch weiterhin ihre „Massenorganisationen“ wie die Kommunistische Jugendliga sowie die acht sogenannten „Demokratischen Parteien“. Von offizieller Seite wird das politische System Chinas als eine „Mehrparteienkooperation“ unter Führung der KPCh beschrieben und den westlichen „Zwei-beziehungsweise Mehrparteiensystemen“, als Ausdruck einer divergierenden zivilisatorischen Tradition, gegenübergestellt.

11 Allerdings laufen weiterhin viele politische Stränge im Politbüro der KPCh zusammen. Es repräsentiert die wichtigsten Institutionen der Partei und des Staates. Darüber hinaus arbeiten

Die Erfahrung des Reformprozesses widerlegt die These, dass noch keine „marxistisch-leninistische“ Partei einen erfolgreichen Übergang in ein hochtechnologisches Produktionsmodell organisieren konnte, genauso wie die Zweifel daran, dass eine bürokratische Herrschaftsorganisation die Flexibilität eines marktliberalen Verkehrs nicht bewältigen könnte. Zugleich kann das chinesische System nicht ohne die vielfältigen Fragmentierungen unterhalb der Ebene des Zentralstaates verstanden werden.

Regionalisierte Macht

Weil nationale Politiken durch die Entscheidungen der Provinzregierungen und weiterer subnationaler Gebietskörperschaften vielfach überlagert werden und etwa eine große Anzahl der SOEs nicht nationalen Direktiven unterstehen, gilt es, mit der Annahme einer engen Verwandtschaft mit dem japanischen, südkoreanischen oder taiwanesischen Staat vorsichtig umzugehen. Möglicherweise lassen sich die staatlichen Interventionen in China mit dem Begriff eines „diffusen“ Entwicklungsstaates am ehesten charakterisieren (McNally/Chu 2006: 54).

Die redistributiven Funktionen des Staates wurden im Zuge der Reform erst einmal verstärkt auf den subnationalen politischen Ebenen konzentriert. Die Koexistenz von zweiundzwanzig Provinzen, fünf Autonomen Regionen, vier regierungsunmittelbaren Städten mit dem Status einer Provinz (Beijing, Shanghai, Tianjin, Chongqing) und zwei Sonderverwaltungszone (Macao, Hongkong) hat ein disparates Gebilde entstehen lassen. Fünf relevante Regierungsebenen – Zentralregierung, Provinzen, Präfekturen, Kreise und Verwaltungsgemeinden – machen eine Detailsteuerung unmöglich. Zentrale Politikvorgaben werden häufig uneinheitlich implementiert.

Da die subnationalen politischen Instanzen die Rolle eines lokalen Entwicklungsstaates übernommen haben, wird in der Chinaforschung der „local state corporatism“ als Rahmen des Erfolges interpretiert, in dem etwa aufgrund einer fiskalischen Dezentralisierung Anreize für subnationale Regierungen geschaffen wurden, auf ihrem Hoheitsgebiet ökonomische Leistungen mittels Überwachung von und direkter Intervention in

auf den höchsten Parteiebenen die sogenannten Zentralen Führungsgruppen daran, oberhalb und zwischen zentralen Politikfeldern (Parteiangelegenheiten, Sicherheitspolitik, Außenpolitik, Wirtschaftspolitik) die Problembearbeitung zu garantieren und Entscheidungen vorzubereiten. Zwischen den höchsten Parteigremien, den lokalen Parteiinstanzen und staatlichen Einrichtungen vermitteln vertikale Strukturen, die sich von der Hauptstadt Beijing bis in die Provinzen und lokalen Bürokratien hinab verästeln. Der Zweck ist die Implementierung der zentral beschlossenen Politik und der schwierige Versuch, die fragmentierten Herrschaftsapparate zu vereinheitlichen. Die Parteisteuerung in der Staatsverwaltung beziehungsweise die Forderung der Parteisekretariate an die staatliche Verwaltung, sich ihr unterzuordnen, ist gegenwärtig weniger rigide als noch in den Achtzigerjahren. Die auch in liberalen Demokratien zu beobachtende innerbürokratische Konsensbildung und eine bürokratische „Selbstkontrolle“ haben in den letzten Jahren Einzug gehalten (Hartmann 2006: 96–100).

Firmen zu stimulieren. Regierungsbeamte oder staatliche Manager substituieren derart ebenso unternehmerisches Handeln (Walder 1995). Stilisierte, einander entgegengesetzte Vorstellungen von Privat- und Staatsunternehmen tragen im Falle Chinas wenig zur Klärung bei (Walder 1995: 272). Im Gegenteil können Walder zufolge „staatliche“ Eigentümer in China in ihrem wirtschaftlichen Verhalten analog zu „privaten“ Eigentümern verstanden werden. Die Rechtsform (privates Eigentum versus staatliches Eigentum) determiniert die Tragweite des Budgetzwangs von wirtschaftlichen Akteuren nicht in der üblicherweise angenommenen Dichotomie von weichem, Staatsunternehmen betreffenden, und hartem, Privatunternehmen tangierendem Budgetzwang. Lokale politische Institutionen beziehungsweise lokale Staatsbeamte besitzen in China bei ihren Akkumulationsbemühungen vielmehr vergleichbare Kapazitäten wie privatkapitalistische Unternehmen beziehungsweise Manager (vgl. auch Burawoy 1996, der dies mit dem Transformationsprozess in Russland nach 1991 kontrastiert).¹²

Darüber hinaus werden mithilfe von subventionierten Industrieparks die Aussichten auf Investitionen verbessert, zusätzlich erhöht eine politisch erzeugte Transparenz die Kommunikation mit potenziellen Investoren. Der Staat schafft gewissermaßen die Rahmenbedingungen, unter denen der marktorientierte Staatskapitalist, aber auch der private „Entrepreneur“ agiert.

Während der Bedeutungszuwachs unternehmerischer Tätigkeit in einer marktzentrierten Perspektive als eine Strategie des Widerstandes gegen einen „starken“ Staat betrachtet wurde (Pei 1994: 116), haben institutionalistische Autoren darauf verwiesen, dass marktwirtschaftliche Reformen die Einflussmöglichkeiten lokaler politischer Instanzen vergrößerten (Unger/Chan 1995: 46–48). Wank ergänzt letztere Feststellung um die These, dass hiermit eine veränderte Machtkonfiguration zwischen Unternehmen und Staat entstand und Unternehmensstrategien einen erhöhten Einfluss auf das Verhalten lokaler politischer Instanzen ausüben. Die größere Abhängigkeit von unternehmerischem Handeln drückt sich in einer neuartigen Konfiguration des Wettbewerbs aus: „Previously, citizens competed to enter officials’ patronage networks. [...], now officials also compete with each other for links to larger private companies, with successful ones becoming shareholders and managers“ (Wank 1999: 198). In wechselnden Entwicklungscoalitionen findet die Zusammenarbeit zwischen den gesellschaftlichen Akteuren

12 Es wird daher in der Chinaforschung weniger darüber gestritten, ob Staatsinterventionen eine Rolle spielen, als über die Frage, welche Formen des staatlichen Eingriffes das wirtschaftliche Wachstum fördern. Entgegen der These des „local state corporatism“ nehmen Nee, Opper und Wong an, dass die direkte Intervention auf Firmenebene wenig positive Effekte zeitigt. Dagegen konnte der Staat ein förderliches *Umfeld* für wirtschaftliche Dynamik schaffen: „China’s success story is not built on a helping hand of entrepreneurial government involvement reaching directly into the firm, but suspect that it is the state’s ability to create and maintain a supportive growth climate [...]. Municipal governments compete by building supportive business environments to attract and retain private capital and facilitate the local entrepreneurs’ competitive edge; by developing reputations for efficient and timely bureaucratic procedures; and through indirect incentives that do not interfere with the market mechanism“ (Nee/Opper/Wong 2007: 43).

ihren organisatorischen Niederschlag. Wenn in diesem Zusammenhang die „infrastrukturelle“ Macht des Staates (Mann 1998: 78) an Kapazität einbüßt, entstehen nicht automatisch autonome zivilgesellschaftliche Räume, sondern eher halbautonome Netzwerkgemeinschaften zwischen politischen und privaten Akteuren, deren wirtschaftliche Entwicklungsvorhaben durch eine relative Unabhängigkeit gegenüber den zentralstaatlichen Instanzen gekennzeichnet sind. Im Gegensatz zu liberal-demokratisch verfassten Kapitalismen ist in China eine spezifische Form der netzwerkförmigen Bearbeitung von Widersprüchen innerhalb des pluralisierten Machtgefüges entstanden: „Such pluralization does not occur through the formal trappings of electoral democracy, such as competitive parties and popular voting, but rather through the shifting power distribution and bargaining relations within networks“ (Wank 1999: 202).¹³

Ähnlich wie föderale politische Strukturen und ein interregionaler Wettbewerb eine Grundlage des industriellen Aufstiegs in den USA im 19. Jahrhundert darstellten, stimulierte der chinesische De-facto-Föderalismus (vgl. Zheng 2007) die ökonomische Dynamik. Einige Provinzen setzten und setzen ihre relative Autonomie sogar dazu ein, um innerhalb ihrer territorialen Grenzen den Verkauf von Waren aus anderen Provinzen zu unterbinden und mithilfe gezielter Industrie- und Steuerpolitiken auf den Wettbewerb anderer Regionen zu reagieren.¹⁴ Angetrieben durch eine interne Konkurrenz der subnationalen Instanzen, die sich gegenseitig bei der Einwerbung von (Auslands-) Investitionen überbieten, und der Realität einer wirtschaftlichen Regionalisierung sind sowohl dynamische Wirtschaftsentwicklungen angestoßen als auch, wenigstens indirekt, Impulse in Richtung der Exportorientierung gegeben worden.

13 Dabei muss erklärt werden, weshalb die subnationalen politischen Einheiten auf einen Teil der Verfügungsgewalt über den erwirtschafteten Reichtum verzichten, wenn sie ökonomische Macht auf halbstaatliche oder private Akteure übertragen. Erstens tendierten viele lokale Führungen vor dem Hintergrund zahlreicher Jahrzehnte der Instabilität und der Entbehrungen ohnehin in Richtung der Erprobung neuer politischer Entwicklungspfade. Zweitens boten die Änderungen in der zentralen Steuergesetzgebung der Achtzigerjahre einen größeren finanziellen Spielraum, der mögliche Einbußen im Zuge der lokalen Wirtschaftsreformen kompensierte. Drittens übten die Folgen der Übertragung von Verantwortung auf die Manager und die damit einhergehende Effizienzsteigerung der Unternehmensführung einen starken Druck in Richtung einer weiteren Modernisierung aus. Der relative Einflussverlust wurde gewissermaßen durch den Erfolg beziehungsweise durch wachsende Erträge aufgewogen. Viertens verschaffte die informelle und später die formelle Privatisierung vielen politischen Akteuren einen Zugang zu nunmehr vorwiegend privatem Reichtum, der in den vielfältigen Staat-Unternehmens-Allianzen seinen Ausdruck findet.

14 Teilweise werden interprovinzielle Streitigkeiten auf die Ebene der Zentralregierung verschoben, weil die Macht- und Steuerkapazitäten der Provinzen von ihren Einflussmöglichkeiten in Beijing abhängen.

Rezentralisierungsbemühungen

Vor dem Hintergrund einer fragmentierten, wettbewerbsgetriebenen Staatlichkeit in China haben Autoren eine mittelfristige Schwächung des Staates vorausgesagt (vgl. Goldman/MacFarquhar 1999). Faktisch hat jedoch gerade die partielle Erosion dem Zentralstaat und der Partei herrschaft nach einer Periode der Instabilität neue Legitimität verliehen. Während in der ersten Reformphase ab 1978 die Reichweite des zentralstaatlichen Einflusses zurückging, ist die zweite Reformphase ab den Neunzigerjahren von umfassenden Versuchen gekennzeichnet, größere Handlungsspielräume für den Zentralstaat zu schaffen.

Nach Jahren der finanziellen Austrocknung des Zentralstaates im Gefolge der Erosion des alten Plansystems konnten etwa die zentralen Staatseinnahmen aufgrund des Aufbaus eines modernen Steuersystems wieder erhöht werden. Zeitgleich wurde eine Wirtschaftspolitik eingeleitet, die auf das Ende des billigen Kredits (an Staatsunternehmen) sowie auf ein langsames Ansteigen der Preise abzielte. Mit der Haushaltsreform von 1994 und weiteren Reformen ab Ende der Neunzigerjahre wurde der Dezentralisierung entgegengewirkt. Von der Zentrale beanspruchte Steuern werden nun direkt von Beijing erhoben und verteilt. Ende der Neunzigerjahre verfügte der Zentralstaat bereits wieder über 50 Prozent der gesamten Staatseinnahmen. Zwischen 1994 und 2007 reduzierte sich der Anteil der lokalen an den gesamten Einnahmen auf etwa 47 Prozent (NBS 2007: table 8–10). Das hälftige Verhältnis zwischen Zentrale und lokalen Instanzen stabilisierte sich seitdem, wenngleich die Steuerpolitik ein umkämpftes Feld geblieben ist.

Freilich gilt der nationale Haushalt für sich genommen immer noch als eine unscharfe Größe, da das Finanzministerium über keine ressortübergreifende Autorität verfügt. Hierin kommen Rivalitäten zwischen Finanzministerium und anderen Entwicklungsministerien zum Ausdruck. Zudem verharren die außeretatmäßigen Einnahmen und Ausgaben (im offiziellen Haushalt unberücksichtigte Posten wie Infrastrukturinvestitionen) auf einem hohen Niveau (Wong 2007: 14). Insgesamt bleibt also trotz vieler Rezentralisierungsversuche der Zustand eines regionalisierten, fragmentierten Machtapparates weiter bestehen.

3 Unternehmensorganisation und Formen des Wettbewerbs

Der Akkumulationszwang setzt sich in China vor dem Hintergrund einer Verschiebung der wirtschaftlichen Verfügungs- und Kontrollrechte von staatlichen Behörden auf das Management zahlloser Unternehmen durch (vgl. Nee/Su 1996). Die strukturell interdependenten Beziehungen zwischen ökonomischen Akteuren und der politischen Macht haben sich währenddessen rekonfiguriert. Ein für kapitalistische Gesellschaften keineswegs untypisches System einer durch formelle und informelle Beziehungen gekennzeichneten „mixed economy“, das weder „frei“ noch klassisch „kompetitiv“ ist, regelt

diese Beziehungen. Während auf der zentralstaatlichen Ebene eine erneuerte Form des Staatsunternehmens dominiert, konnten besonders auf subnationalen Ebenen privat-öffentliche Wirtschaftsregime an Bedeutung gewinnen.¹⁵

Es lassen sich grob zwei Phasen der Transformation unterscheiden: der Zeitraum von 1979 bis 1993 und der Zeitraum ab 1993. Den ersten Zeitraum ab 1979 kennzeichnen begrenzte Möglichkeiten des privaten Wirtschaftens (zuerst im Agrarsektor), der freien Produktvermarktung sowie der Dezentralisierung durch Übergabe wirtschaftspolitischer Kompetenzen an die lokalen politischen Gebietskörperschaften vor dem Hintergrund einer planwirtschaftlichen Rahmenordnung.¹⁶ Mit der Einschränkung des Plansystems ging nicht die sofortige Ausweitung der Entscheidungsspielräume des betrieblichen Managements einher. In der Regel konnten zunächst nachgeordnete Instanzen (vor allem lokale Regierungen) ihre Kompetenzen hinsichtlich ihrer Interventionsbefugnisse erweitern.

Eine informelle Privatisierung manifestierte sich auf dem Weg der Aufspaltung der Gewinne. Mussten diese zuvor von den Unternehmen vollständig an die verschiedenen staatlichen Ebenen abgeführt werden – die diese Erträge ähnlich wie Steuereinnahmen zur Finanzierung ihrer Aufgaben einsetzten –, erklärten sich insbesondere die lokalen politischen Machtinstanzen dazu bereit, nur mehr einen zuvor fixierten Anteil der Unternehmensgewinne einzuziehen. Die Aufteilung der Verfügungs- und Kontrollrechte über die Erträge beförderte die betriebliche Autonomie: Das betriebliche Management orientierte sich stärker an der individuellen Profitmaximierung. Kommandowirtschaftliche Mechanismen wichen derart Marktmechanismen.

Bis zu Beginn der Neunzigerjahre reduzierte sich die Rolle der Allokation via Plan beziehungsweise die Anzahl der durch die Staatsbürokratie verteilten Mittel erheblich (Nee 2005: 58). Auf diese Weise integrierten sich fast sämtliche Wirtschaftsbereiche in marktliche Prozesse. Im Gegensatz zu Schwarzmärkten in anderen Kommandowirtschaften wuchs der marktlich regulierte Bereich derart aus dem Plan heraus:

Reduction of the state's monopoly led to rapid entry of new firms. Entry of new firms combined with adoption of market prices on the margin led to enhanced competition and began to get state-sector managers accustomed to responding to the marketplace. Gradual price decontrol

15 Die Geschichte dieser Transformation sowie eine genauere sektorale Analyse bleiben an dieser Stelle ebenso unberücksichtigt wie die Untergrundwirtschaft.

16 In der Zeit von 1978 und 1984 wurden die kollektiven landwirtschaftlichen Produktionseinheiten faktisch durch eine kleinbäuerliche, familiäre Produktion ersetzt. Das „System der vertragsgebundenen Verantwortlichkeit“ erlaubte die langfristige, im Laufe der Zeit auf fünfzig Jahre erhöhte Pacht von Land und damit die Möglichkeit, eigenverantwortlich zu wirtschaften. Ein nach unten verlaufender Autoritätstransfer von den alten „Produktionsteams“ (typischerweise dreißig bis vierzig Haushalten) auf die einzelnen Haushalte bezeichnete den Trend zur informellen Privatisierung (Selden/Lu 1993: 189). Über Planvorgaben hinausgehende Ernteüberschüsse konnten (nach Abzug einer an die staatlichen Instanzen abzuführenden Quote) nunmehr auf neu entstandenen Märkten gewinnbringend verkauft werden.

was essential. Competition eroded initially high profit margins for state firms and induced the government, as owner of the firms, to become more concerned with profitability. The government experimented with better incentive and monitoring devices, and this experimentation improved state-sector performance. Nonetheless, the state sector grew more slowly than the nonstate firms that were entering new markets. [...]. Yet this growth occurred with economic continuity that was attributable to the maintenance of a small planned sector as a kind of stabilizer, as well as to robust saving and investment that powered continued economic growth. (Naughton 2007: 97)

Zweifellos kann die erste Phase des Transformationsprozesses nicht als geradliniger, sondern nur als umkämpfter Prozess verstanden werden, in einem „Trial and error“-Modus ausgetragen, in dem zugleich unterschiedliche Strömungen innerhalb des chinesischen Partei- und Staatsapparates um die richtige „Linie“ wetteiferten (Spence 1995: 799–829). Jahre der Reformen (zum Beispiel 1979, 1984, 1987/88) wurden durch regional ungleiche Reformgeschwindigkeiten und Kehrtwendungen (zum Beispiel 1981/82, 1986, 1989) teilweise infrage gestellt. Die „Reformer“ ihrerseits entmachteten vor dem Hintergrund erfolgreicher Experimente in den Küstenregionen „konservativ“ orientierte Teile der Machteliten (Cho 2005: 35). Das „Tiananmen-Intermezzo“ führte zwischen 1989 und 1991 zu einem konservativen Rollback, der endgültig erst zu Beginn des Jahres 1992 vom Reformflügel der Partei zurückgedrängt werden konnte – symbolisiert in der berühmten Reise Deng Xiaopings in die florierenden südlichen Küstenregionen. Der Erfolg der Umstrukturierungen garantierte nunmehr, dass die Reformen zur Norm aufrückten.

Mit dem offiziellen Bekenntnis zur „sozialistischen Marktwirtschaft“ auf dem 14. Kongress der KPCh wurde im Oktober 1992 die zweite Phase der Transformation eingeleitet. Als Bestandteile dieser Wende werden verschiedene Faktoren genannt: das faktische Ende des zweigleisigen Preissystems, die Rezentralisierung von Ressourcen durch den Zentralstaat sowie eine Fiskalpolitik im Zeichen der Austerität. Entscheidungsbefugnisse wurden in noch größerem Maße auf die Managementebene und Aktionärsversammlungen übertragen.

Die vorherrschende Praxis der informellen Privatisierung weicht seit über einem Jahrzehnt einer auch formellen Privatisierung – ohne jedoch die symbiotischen Beziehungen zwischen Partei, Staat und Unternehmen außer Kraft zu setzen. Die zweite Reformperiode ist des Weiteren durch einen Trend von arbeitsintensiver zu kapitalintensiver Produktion gekennzeichnet. Insbesondere seit den Neunzigerjahren steigt die Arbeitsproduktivität in den industriellen Sektoren (vgl. Lo/Li 2006).¹⁷

17 China entrichtet mittlerweile in absoluten Zahlen (gemessen in US-Dollar) die zweithöchsten Ausgaben für R&D weltweit (vgl. Zhang/Gao/White/Vega 2007). In zahlreichen universitären Forschungseinrichtungen, die als Nebenprodukt häufig innovative Unternehmen hervorgebracht haben (zum Beispiel Lenovo), arbeiten Wissenschaftler und Ingenieure an Produktinnovationen. Außenwirtschaftspolitisch wurde dies mit dem erleichterten Zugang für Investitionen unterstützt, der wichtigsten Quelle von Innovationen. Ferner wurden Übereinkünfte mit ausländischen multinationalen Konzernen geschlossen, die einen privilegierten Marktzugang in China mit einem Technologietransfer abgelenkten. Insgesamt wird weiter primär in staatlichen Instituten geforscht (Ahrens/Jünemann 2006: 20–21).

Unternehmenstypen

Im Folgenden werden die wichtigsten Unternehmensformen beschrieben.¹⁸ Staatliche, halbstaatliche und private Unternehmen, wenn man inländische und auslandsfinanzierte Privatunternehmen zusammenfasst, vereinen gegenwärtig jeweils etwa ein Drittel des industriellen Wachstums auf sich:

- Entgegen einer landläufigen Annahme, der zufolge Staatsunternehmen (SOEs) im Gegensatz zu privaten Firmen zu einer schlechteren Performance tendieren – und auch in China eigentlich mittelfristig verschwinden oder massiv an Bedeutung verlieren müssten –, behalten reformierte Staatsunternehmen weiterhin ihren Einfluss.¹⁹ Sie sind nicht nur in den Infrastrukturbereichen anzutreffen. Am relevantesten ist gegenwärtig das börsennotierte SOE, das profitorientiert agiert und sich mehrheitlich in staatlichem Eigentum befindet. SOEs besitzen einen privilegierten Zugang zu staatlich kontrollierten Kapitalressourcen wie Krediten, Land und Subventionen (Li/Xia 2008: 44).

Die Regionalisierung der politischen Macht spiegelt sich im Unternehmenssektor: Im Jahr 1996 kontrollierte die Zentralregierung lediglich 1,6 Prozent aller SOEs (Li/Li/Zhang 2000: 283). Viele der größten, zentralstaatlich kontrollierten Staatsunternehmen wurden ab 2003 von einer neuen Aufsichts- und Verwaltungskommission für Staatsvermögen erfasst: *The State Asset Supervision and Administration Commission* (SASAC). Die SASAC verwaltet die Staatsanteile und beaufsichtigt etwa 190 der größten nationalen Konzerne. Nach 2003 leitete sie die Diskussionen über den Verkauf eines Teils der Staatsanteile – häufig wurden circa 25 Prozent des Unternehmens an Einzelpersonen und institutionelle Investoren verkauft und an einem Börsenplatz notiert. Im Jahr 2006 existierten nach offiziellen Angaben der SASAC infolge von Reorganisation und Rationalisierung noch 161 „central SOEs“ (SASAC 2006). Die quasi-treuhänderische Kontrolle der SASAC, die keiner klassischen Planbehörde entspricht (in die die Unternehmen Gelder abführen), erstreckt sich auf die Öl-, Metall-, Strom- und Rüstungsindustrie sowie den Bereich der Telekommunikation (Naughton 2007: 316–318; Yang 2004: 60–62). Der Ausbau von landesweit insgesamt etwa 500 leistungsstarken SOEs korrigiert das Bild einer weitgehend „von außen“ gesteuerten kapitalistischen Entwicklung. Die Kontrollpolitik der SASAC deutet aber nicht nur darauf hin, dass die Kommandoebenen der Wirtschaft weiterhin staatlich gesteuert werden, sondern weist auch Züge einer Transformation von Staatlichkeit auf.

18 Die formalrechtliche Unterscheidung von Unternehmensformen ist schwierig. Das liegt unter anderem an undeutlichen Grenzen zwischen öffentlichen und privaten Eigentumsrechten sowie dem damit einhergehenden Bedeutungszuwachs von unpräzisen Bezeichnungen wie „Non-state“- oder „Popularly managed“-Firmen. Sie bezeugen einen Trend der erhöhten Legitimität von Arrangements, die nicht den vorgängigen rechtlichen Bestimmungen in China, aber ebenso wenig eigentumsrechtlichen Bestimmungen westlicher Kapitalismen entsprechen (Wank 1999: 207).

19 Die neoklassische These einer ineffizienten Staatswirtschaft ist in diesem Fall nicht aufrechtzuerhalten (vgl. Lardy 1998: 4–6, 16–17, 52–54, 220–222). Der Telekommunikationsbereich steht beispielhaft für erfolgreiche Staatskonzerne.

- Insbesondere auf der subnationalen Ebene haben in den letzten Jahrzehnten Mischunternehmen im Eigentum von Genossenschaften sowie Städten, Stadtbezirken und Gemeinden an Bedeutung gewonnen, die in den letzten Jahren teil- und vielfach komplett privatisiert wurden. Die offiziell als „Kollektivunternehmen“ geführten Firmen (COEs – *Collectively Owned Enterprises*) umfassen sowohl urbane als auch ländliche Betriebe.

Die Erfolgsgeschichte insbesondere der ländlichen Kollektivunternehmen (*Township and Village Enterprises*, TVEs) fällt vor allem in die erste Phase der Reform. Die Zahl der in den TVEs angestellten Arbeiter stieg zwischen 1978 und 1996 von 28 Mio. auf 135 Mio. an. Ihr Einfluss reichte bis in die Städte, in denen sie die Staatsunternehmen einem erheblichen Wettbewerbsdruck aussetzten. Sie befanden sich häufig formell im kollektiven Besitz der Mitarbeiter, die Geld einzahlten und im Austausch einen festen Arbeitsplatz erhielten; demokratische Mitsprache war nicht üblich. Faktisch wurden und werden sie von privaten Investoren oder Kommunalregierungen kontrolliert. Heute sind es mehrheitlich privat geführte Unternehmen, die aufgrund ihrer engen Verbundenheit zu den staatlichen Autoritäten jedoch nicht immer als klassische Privatbetriebe gelten können. Das private Eigentum bleibt eingebettet in das lokale politische Umfeld, wie an einzelnen „Management buy-outs“ (MBO) durch Partei- und Staatsfunktionäre nachgewiesen werden kann (Herrmann-Pillath 2006).

Eine weitere relevante Mischform stellen bestimmte „limited liability companies“ dar, eine Unternehmensform mit 2 bis 50 Anteilseignern, die über einen beschränkten Teilhaberstatus verfügen (NBS 2002). Sie haben in den Neunzigerjahren an Bedeutung gewonnen. Viele ehemalige politische Kader gingen in den Neunzigerjahren den Weg des Kaderkapitalisten, der ihnen unter anderem in einer Klausel des Unternehmensgesetzes von 1994 gegebnet wurde, die die Rekonstituierung von „öffentlichen“ Unternehmen als „limited liability companies“ erlaubte.

- Die rapide Ausweitung des offiziellen Privatsektors begann in den Neunzigerjahren, fällt also in die zweite Reformphase. Er konnte danach um durchschnittlich 35 Prozent pro Jahr expandieren und wurde gewissermaßen von unten (durch private Firmengründungen) wie von oben (resultierend aus den Reformen der COEs und SOEs) angetrieben. Dutzende Millionen Arbeitnehmer sind in den Privatunternehmen (*Private Owned Enterprises*, POEs) und Joint Ventures mit ausländischen Firmen beschäftigt. Offiziell werden die POEs in chinesische Privatfirmen, Unternehmungen aus Hongkong/Macao und Taiwan sowie Betriebe aus dem Ausland unterteilt (NBS 2002). Liegt der ausländische Kapitalanteil unter 25 Prozent, wird ein Unternehmen als inlandsfinanzierte Einheit bewertet. Andere Unternehmungen aus dem Ausland, deren Kapitalanteil über 25 Prozent liegt, werden als „foreign owned enterprises“ (FOEs) oder „foreign invested enterprises“ (FIEs) bezeichnet. In Joint Ventures (etwa in der Chemieindustrie) besitzt die chinesische Seite häufig eine Vormachtstellung bei wichtigen personal- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen.

Insgesamt bildet die Statistik eine deutliche Zunahme formell privat geführter Betriebe ab. Dennoch sinkt mit der Abnahme der Zahl der SOEs und COEs nicht in gleicher Weise deren Anteil an der gesamten Industrieproduktion.

Privat-öffentliche Wirtschaftsregime: Mikrostrukturen des chinesischen Staatskapitalismus

Die formalrechtlich nachweisbare Vielfalt der Unternehmensorganisation in China wird realiter durch die institutionelle Architektur eines privat-öffentlichen Wirtschaftsregimes überlagert, weshalb es als sinnvoll erscheint, von einer *Einheit in der Vielfalt* zu sprechen, von einem heterogenen Ensemble von Unternehmenstypen, die gewissermaßen in einem staatskapitalistischen Dispositiv eingebunden sind.

Empirischen Untersuchungen zufolge liefen die Transformationsprozesse auf eine Allianz zwischen ökonomischen und politischen Machteliten hinaus, die sich auch in faktischen Personalunionen manifestiert. Mit dem Terminus des „red capitalist“ wird auf diese staatskapitalistische Unternehmenskultur verwiesen. „Kooptierte“ Unternehmer argumentieren in Umfragen, dass ökonomische Vorteile und Verbindungen in die Politik wesentliche Gründe etwa für den Parteieintritt darstellen (Dickson 2007: 841–842). Zugleich werden sie häufig in weitere politische Institutionen wie den Nationalen Volkskongress oder seine lokalen Gegenstücke deputiert. Im Staatsapparat selbst wirken zwei Motivationen des Versuchs der Kooptation von Unternehmern: Einerseits ist es der politischen Klasse an kooperativen Beziehungen mit denjenigen sozialen Gruppen gelegen, die verantwortlich für das wirtschaftliche Wachstum zeichnen. Besonders ist das für Parteioffizielle der unteren Gebietskörperschaften relevant, deren Karrierepfade direkt an hohe Wachstumsraten geknüpft sind.²⁰ Andererseits gilt es, gewissermaßen präventiv, die Bildung organisierter Oppositionen zu unterbinden und derart Kontrolle auszuüben.

Auf der empirischen Ebene wird dieser Sachverhalt in der China-Forschung für gewöhnlich mit dem Begriff der „Guanxi“-Beziehungen umschrieben. Die Nation erscheint als „Guanxi-Gesellschaft“, in der extrem personalisierte Interaktionsweisen und eine berechnende Empathie das wirtschaftliche Handeln beherrschen – als System, welches auf der Grundlage von Leistung und Gegenleistung zwischen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und bürokratischen Instanzen funktioniert. Häufig wird dies voreilig auf überlieferte kulturelle Faktoren zurückgeführt, anstatt es als Ausdruck

20 Aber auch im Zentralkomitee der KPCh sitzen Vorstandsvorsitzende (nicht nur) von (Staats-) Unternehmen. Zhang Ruimin, CEO bei Haier, eines der großen Vorzeigeunternehmen des Landes und offiziell als börsennotiertes „Kollektivunternehmen“ geführt, hat ebenso einen Sitz im Zentralkomitee wie die Vorstandsvorsitzenden von anderen Flaggshipunternehmen wie China Telecom, Sinopec, First Auto oder Shanghai Bao Steel.

gegenwärtiger Macht- und Einflussbeziehungen zwischen vorwiegend wirtschaftlichen und politischen Machteliten zu betrachten.²¹

In einer politökonomischen Perspektive werden die Guanxi-Interaktionen als Kompensation für historisch fehlende ordnungssetzende Grundlagen marktwirtschaftlichen Handelns verstanden (vgl. Wank 1999). Sie erleichtern demzufolge die Reaktion auf Marktsignale und den Techniktransfer. Die Netzwerke von Privatunternehmern, lokalen Regierungsbeamten und Parteikadern ermöglichen den Zugang zu politischer Hilfestellung, beispielsweise von kreisstädtischen Behörden, und umgekehrt erhalten die Unternehmen Informationen hinsichtlich angestrebter politischer Reformen. Anerkannte Guanxi-Praktiken und unter Strafe gestellte Korruption liegen dabei auf einem Kontinuum.

Eine bedeutende Funktion dieser Sozialbeziehungen liegt in ihrer Rolle als *politisierte* Netzwerke, die private Unternehmer und politische Akteure untereinander verbinden und eine förderliche Grundlage der Reform bilden:

In a sense, the practice of guanxi is being adapted to the structural needs of China's emerging capitalism [...]. Guanxi are melded with newly established formal institutions and serve as a key mechanism through which wealth is accumulated. In the future, the penetration of guanxi networks into all aspects of business-industrial activities might even be perceived to lend the emerging institutions of Chinese capitalism their competitive advantage.
(McNally/Guo/Hu 2007: 2)

Mit Bourdieu ließe sich von einer Form des „sozialen Kapitals“ sprechen, das aus der Ausnutzung eines Netzwerks von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens und Anerkennens resultiert (Bourdieu 1992: 63; vgl. Heberer 2008: 91–94; Ledeneva 2008). Es handelt sich hierbei gewissermaßen um Mikrostrukturen des Staatskapitalismus, in der (in letzter Instanz vom Staat definierte) private und staatliche Akteure auf verschiedenen Ebenen verbunden sind.

Die Guanxi-Netzwerke verleihen der chinesischen Ökonomie ein hohes Maß an partikularer, das heißt, in den Grenzen einer Wettbewerbsgesellschaft verlaufenden Koor-

21 Es kommt darauf an, Guanxi ohne „die Romantisierungen und anekdotischen Belege“ zu untersuchen, die typisch für „einen Großteil der industriellen Forschung“ sind (Castells 2003: 330–331). In einer spezifischen Weise wirken hierbei auch überlieferte Vorstellungen beispielsweise über Eigentumsrechte, die es in der komplizierten Matrix von formaler staatlicher Verfügung (etwa über Land) und informellem, privatem Wirtschaften erleichtern, unternehmerisches Handeln zu fördern: „The traditional concept of property in China never supported the absolute property rights familiar in the Western world [...]. Individual property was conceived as a relational category in two senses: First, property belongs to the family, such that the individual owner is only a temporary caretaker who is obliged to increase its value for the coming generations, and second, individual property was perceived as being embedded into a web of social relations in the village, which was a major obstacle to the emergence of land markets in China. Instead, a complex system of tradable and embedded lease-rights emerged“ (Herrmann-Pillath 2006: 14).

dination.²² Zugleich fungieren sie als lokale Bindeglieder oder Vermittlungsinstanzen zur Weltwirtschaft, häufig vermittelt über die Investitionen und Geschäftspraktiken der Exil-Chinesen. Im Zuge der zunehmenden Monetarisierung der Sozialbeziehungen verkörpern diese privat-öffentlichen Allianzen keinen allmählich fortschreitenden Übergang zum „reinen“ Markt, wie das neoklassische Autoren unterstellen, sondern sind selbst als eine Form der „Vermarktlichung“ anzusehen. Dieser Sachverhalt drückt zugleich eine, wenn auch spezifische Form der für kapitalistische Systeme charakteristischen strukturellen Interdependenz zwischen politischen und ökonomischen Akteuren aus.²³ Die kommerzielle Rationalität besteht geradezu in einer fortwährenden Entwicklung und Kultivierung persönlicher Beziehungen zu lokalen Gebietskörperschaften, die über geschäftsfördernde Ressourcen verfügen.

4 Arbeitsbeziehungen im chinesischen Korporatismus

Trotz der weiterhin bestehenden regionalen Unterschiede, differierender Verhältnisse in der Arbeitsorganisation sowie eines ausgeprägten Entwicklungs- und Wohlstandsgefälles zwischen Stadt und Land können im Zuge der, historisch gesehen, massivsten Umwandlung ländlicher in industrielle Arbeitskraft relevante Merkmale der städtischen Arbeitsbeziehungen (vor allem im sekundären Sektor) beschrieben werden.²⁴

-
- 22 In der Volkswirtschaft variiert die Bedeutung der Guanxi-Beziehungen. In den Sektoren mit traditionell weitreichender staatlicher Kontrolle wie dem Immobiliensektor (Grund und Boden) kann eine hohe Dichte an Guanxi-Netzwerken beobachtet werden. Eine weitere Differenzierung betrifft die Struktur von Guanxi-Beziehungen, die Unterscheidung von informellen und stärker formalisierten Typen. Während informelle Beziehungen besonders in Allianzen bestehen, deren privater Arm (etwa der Vorsitzende einer Firma) lediglich in der Vergangenheit politische Ämter bekleidete, dominieren formellere Beziehungen dann, wenn der private Arm zugleich offizielle Positionen im politischen System bekleidet (etwa als Delegierter der Volkskongresse auf Provinzebene).
- 23 Sie erinnern teilweise an „patrimoniale“ Elemente anderer Transformationsländer oder einiger Länder Lateinamerikas (King/Szelényi 2005: 221). Wank verweist ferner auf Parallelen zu westeuropäischen Industriedistrikten in Baden-Württemberg oder in der norditalienischen Region Emilia-Romagna, in der unzählige Verbindungen zwischen lokalen Verwaltungen, staatlichen Unternehmen und Privatfirmen bestehen (Wank 1999: 12, 155).
- 24 Im Jahr 2006 wies die Statistik 764 Mio. berufstätige Menschen auf, darunter etwa 320 Mio. in der Landwirtschaft, 200 Mio. im sekundären und 250 Mio. im tertiären Sektor. In den beiden letzteren Sektoren arbeiten etwa 200 Mio. Wanderarbeiter. In den offiziell als „städtisch“ deklarierten Zonen arbeiteten 2004 nur 265 Mio. Menschen, was jedoch insofern als zu niedrig angesetzt erscheint, als sowohl viele suburbane Gebiete faktisch städtischen Charakter aufweisen und zudem eine große Anzahl der häufig nicht gemeldeten Wanderarbeiter zumindest temporär Arbeiten im städtischen Sektor ausführen (Naughton 2007: 190). Ländliche Arbeitsverhältnisse und die informellen städtischen Sektoren bleiben im Weiteren unberücksichtigt.

Um die veränderten Arbeitsbeziehungen zu analysieren, sind verschiedene Positionen vertreten worden. Einige Autoren sprechen von einer Transformation der „staatskorporatistischen“ Regulierung der Arbeitsbeziehungen zu einem in den Strukturen einer marktorientierten Gesellschaft verankerten „gesellschaftlichen Korporatismus“, in dem der Staat kein Diktat mehr ausübt, sondern die verschiedenen Gruppen in Verhandlungen zu einem temporären Konsens gelangen (Chan 1993, 2008; Unger/Chan 1995). Eine größere Unabhängigkeit der Gewerkschaften sowie Ansätze zivilgesellschaftlicher Strukturen gelten als wahrscheinliche Resultate dieser Entwicklung. Zwar seien die Arbeitsbeziehungen von den Regularien koordinierter Marktwirtschaften geprägt, tendierten jedoch in Richtung des liberalen Modells. Da in einigen entwickelteren Provinzen Chinas eine Schicht von hoch qualifizierten Arbeitnehmern sowie städtische Mittelschichten mit hoher Konsumneigung existieren, werden im Vergleich mit den Arbeitsbeziehungen in OECD- Ländern Szenarien einer „Europäisierung“ oder „Japanisierung“ des chinesischen Systems der industriellen Beziehungen diskutiert, die zu einer Variante des westlichen Korporatismus führen würden (Chiu/Frenkel 2000).²⁵

Grundlegende historische Veränderungen im System von Arbeit, sozialer Sicherung und Beschäftigung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Im Jahr 1984 wurde die Liberalisierung des Arbeitsmarktes mit der Politik der Optimierung des Arbeitskräfteeinsatzes eingeleitet, die bestimmte Regularien wie die gesicherte Beschäftigung außer Kraft setzte und den Unternehmensführungen Befugnisse zur Auswahl der Arbeitskräfte nach Leistungskriterien einräumte. Die Stärkung betriebswirtschaftlicher Perspektiven etwa hinsichtlich der Rentabilität von Arbeitsplätzen erleichterte es Unternehmen, Entlassungen vorzunehmen.
- 1986 wurden im Rahmen eines Arbeitsvertragssystems neue Regeln für die Beschäftigung in SOEs eingeführt – Beschäftigungsverhältnisse wurden fortan sukzessive auf individuelle Arbeitsverträge umgestellt und auf andere Bereiche des Personals in Staatsbetrieben ausgeweitet.
- Seit den Achtzigerjahren erodierte das System der Danwei, der städtischen Arbeits- und Wohneinheit vom Arbeitsplatz über die soziale Sicherung bis zur Verwaltung und kulturellen Angeboten. Die Entwicklung von Rudimenten einer staatlichen Sozialversicherung bildet seitdem einen zentralen Aufgabenbereich des Staates (Wu 2005: 327–353).
- Ab 1992 wurde mit dem Verweis auf die Notwendigkeit einer Modernisierung der Staatsunternehmen eine massive Reduzierung der Zahl der Beschäftigten vorgenommen, die die Zahl der Arbeitssuchenden erhöhte und die Arbeitsmärkte flexi-

25 Andere Autoren betonen die Konflikthaftigkeit der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit als wesentliches Merkmal der gegenwärtigen Entwicklung. Ching Kwan Lee schreibt den Arbeitsbeziehungen den Charakter eines „desorganisierten Despotismus“ zu (Lee 1999).

bilisierte. Die Etablierung mehrerer Eigentumsformen brachte eine Diversifizierung der Arbeitsbeziehungen mit sich.

- Mit der nach Mitte der Neunzigerjahre vollzogenen weiteren Umstrukturierung des Unternehmenssektors – die Transformation großer SOEs in Aktiengesellschaften, die Privatisierung und der Verkauf von Firmen sowie die Schließung nicht mehr rentabler Unternehmen – wurden die Unternehmensverfassungen abermals umgewandelt.

Der Umbau der Arbeitsbeziehungen beruht insgesamt auf einer fragmentierten staatlichen Regulierung, was sich in der unzulänglichen Durchsetzung rechtlicher Normen beziehungsweise dem Fehlen wirksamer Institutionen zur Erzeugung eines relativen Ausgleichs zwischen Arbeit und (Staats-)Kapital manifestiert. In Folgenden werden die vier zentralen Akteure des Systems der Arbeitsbeziehungen in China beschrieben.

Staatliche Intervention und Verrechtlichung

Analog zur Analyse der sich transformierenden Verhältnisse zwischen privaten und staatlichen Akteuren auf der Ebene der Unternehmensorganisation kann auf der Ebene der Arbeitsbeziehungen festgestellt werden, dass die Rücknahme direkter staatlicher Eingriffe mit einer Tendenz zu einer vermittelten politischen Einflussnahme – der Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen – einhergeht. Das offensichtliche Ziel besteht in der Institutionalisierung gesetzlicher und regulatorischer Normen zur Regulierung des Lohnarbeitsverhältnisses. Als Grundlagen dienen etwa das 1994 beschlossene Arbeitsgesetz, eine Reihe nachfolgender Regelungen sowie das 2008 verabschiedete Arbeitsvertragsgesetz, in dem Parameter von Arbeitsverträgen festgelegt wurden.²⁶ Da keine kollektiven Arbeitsrechte (etwa Tarifvertrags- oder Arbeitskampfrecht) garantiert werden, haben individuelle Schlichtungsverfahren in den letzten Jahren enorm zugenommen.

Zugleich versucht der chinesische Zentralstaat, den Beschäftigungsabbau durch den Aufbau eines sozialen Sicherungssystems und durch Beschäftigungsgesellschaften oder Umschulungsmaßnahmen nach westlichem Muster abzufedern und soziale Polarisierungen einzudämmen (Saich 2004: 268-286; vgl. Lühje 2006).

26 Die Arbeitsstandards waren in den letzten Jahren immer wieder Gegenstand öffentlicher Debatten. Im Jahr 2006 setzte sich in der Diskussion um den Entwurf des Arbeitsvertragsgesetzes und die Frage, ob „hohe“ oder „niedrige“ Arbeitsstandards zur Norm gemacht werden sollten – „insbesondere mit Blick auf die Einführung unbefristeter Arbeitsverträge, die Regelung von Leiharbeit und den Kündigungsschutz“ (Chang/Lühje/Luo 2008: 5) –, eine Position durch, die niedrige Arbeitsstandards als vorteilhaft für die wirtschaftliche Entwicklung betrachtet und behauptet, die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung oder staatlicher Regulierungen würde die Arbeitslosigkeit langfristig ansteigen lassen.

Die Staatsgewerkschaften

Die Gewerkschaft ACFTU (*All China Federation of Trade Unions*) bildet mit ihren circa 200 Mio. Mitgliedern formell die größte Gewerkschaftsorganisation der Welt, wenn sie auch nicht als freie Gewerkschaft betrachtet wird, weil sie weitgehend unter Kontrolle des Parteistaates steht und nicht als unabhängige Interessenvertretung der Lohnabhängigen fungiert (CLB 2009).²⁷ Nach ihrer Auflösung während der Kulturrevolution genießt sie erst wieder seit 1978 einen anerkannten Status, den sie bis heute ausbauen konnte.²⁸

Als einzige nationale Gewerkschaftsorganisation ist die ACFTU mit ihren Untergliederungen formal auf beinahe allen Ebenen von Provinzen, Gemeinden, Betrieben und Branchen vertreten. Dabei dominiert die gewerkschaftliche Organisation entlang des „Betriebs“ diejenige des „Sektors“: Branchengewerkschaften spielen faktisch kaum eine Rolle, was eine schwierige Ausgangsposition für die Etablierung kollektiver Tarifverträge darstellt.

Gewerkschaftsführer sind für gewöhnlich auch Verwaltungsfunktionäre in den Unternehmen. In den SOEs existieren etwa „Belegschafts- und Arbeitervertretungsräte“, die aber nicht, wie teilweise angenommen wird, mit den deutschen Betriebsräten zu vergleichen sind (Chan 2008: 57–59). Zentrale Autorität in ihnen sind häufig die betrieblichen Gewerkschaftsvorsitzenden. Sie dienen als betriebliche Machtbasis der Gewerkschaften. Ihre gesetzlich garantierten Kontroll- und Mitspracherechte besitzen jedoch mehrheitlich eine rein formale Bedeutung. Für gewöhnlich erhält die Kooperation mit dem Unternehmen in Arbeitskonflikten meist den Vorrang vor der Sicherung der Arbeiterinteressen.

Der rechtliche Handlungsspielraum erlaubt zwar im Prinzip eine Interessenvertretung, diese mündet in der betrieblichen Realität jedoch in eine Form der bloß symbolischen Mitbestimmung. Die langen Intervalle zwischen den Treffen der Räte verhindern eine Arbeit im Stile von Betriebsräten. Zumeist fungieren die Räte bei der Regulierung der betrieblichen Arbeitsbeziehungen als ein Instrument des Co-Managements – insbesondere dann, wenn Gewerkschaftsvertreter als offizieller Teil des Betriebsmanagements ein volles Informationsrecht besitzen. Häufig besteht darüber hinaus eine enge informelle Kooperation zwischen dem betrieblichen Personalmanagement und den Gewerkschaftsstrukturen.²⁹

27 In der Extremsituation der Protestbewegung von 1989 war die ACFTU gezwungen, die Bewegung erst einmal zu unterstützen und mit Streik zu drohen (Selden 1993: 221–223). Im Verlauf der Bewegung nahm sie wieder eine stärker vermittelnde Rolle ein (Chan 1993: 56–57). Versuche der Bildung unabhängiger Gewerkschaften wurden zerschlagen.

28 Bei der im Folgenden auf SOEs und ehemalige SOEs fokussierten Darstellung darf nicht übersehen werden, dass größere mittelständische Unternehmen im Zuliefererbereich (etwa der Automobilindustrie), aber auch auslandsfinanzierte Unternehmen häufig nur über eine schwache gewerkschaftliche Repräsentanz verfügen (vgl. Gallagher 2004).

29 Die Personalabteilungen großer Unternehmen sind in manchen Fällen an der Gründung von betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen beteiligt.

Die Gewerkschaften agieren in doppelter Weise dysfunktional: Weder bedienen sie sich einer aus anderen Ländern bekannten Strategie auf Branchenebene, um die Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmern einzudämmen, noch sind sie in der Lage oder willens, auf betrieblicher Ebene ihre Funktion als Interessenvertretung wahrzunehmen, was ein geringes Vertrauen der Arbeitnehmer in die ACFTU zur Folge hat. Ihr Selbstverständnis als Moderatoren der innerbetrieblichen Beziehungen setzt ihnen bereits vorgängig enge Grenzen hinsichtlich einer Interessenwahrnehmung in strukturell ungleichen Sozialverhältnissen.

Die Beschäftigten als unterrepräsentierte Träger sozialer Gegenmacht

In vielen Industriesektoren liegen die Basislöhne gegenwärtig nur bei etwa 50 Prozent des Gesamtlohns. Die Ableistung von Überstunden und Prämien als Lohnergänzungen zeugen (wie in anderen ostasiatischen Ländern) von der schwachen Verhandlungsposition der Lohnabhängigen. Starke Hierarchisierungen der Lohnsysteme, der geringe Einfluss auf die betriebliche Leistungs politik, bei betrieblichen Umstrukturierungen und Produktionsverlagerungen und anderes mehr führen zu einer insgesamt hohen sozialen Unsicherheit.³⁰

Auch wenn sich unabhängige Gewerkschaften in China bislang nicht haben formieren können, besitzen kollektive Formen der Konfliktaustragung durchaus eine Bedeutung. Neben den Klagemöglichkeiten sind neue Formen der Gegenwehr entstanden – beispielsweise mehr oder weniger lose Assoziationen von Beschäftigten aus bestimmten Städten und Provinzen unter Wanderarbeitern oder NGOs, die als Organisationen der Arbeiterselbsthilfe fungieren.

Gegenwärtig gibt es zwar noch keine eigenen Arbeitskampfstatistiken in China, aber ein kurzer Blick auf die Zahl der vor den Arbeitsgerichten geführten Klageverfahren kann als Indikator für die Entwicklung von Arbeitskonflikten dienen. Nach der Statistik der Regierung stieg zwischen 2001 und 2005 die Zahl der auf den verschiedenen Verwaltungsebenen zur Verhandlung oder Schlichtung zugelassenen Klagefälle von 155.000 auf 447.000 [...]. Darüber hinaus zeigen andere, auf nicht öffentlichen Daten beruhende Untersuchungen chinesischer Arbeitswissenschaftler, dass Arbeitskonflikte mehr als fünfzig Prozent der an höhere Regierungsstellen gerichteten Petitionen ausmachen, also andere Sozialkonflikte wie zum Beispiel um Landnutzungsrechte oder Umsiedlungen von ländlichen Bevölkerungsgruppen deutlich übersteigen. (Chang/Lüthje/Luo 2008: 13)³¹

30 Der „gender gap“, die Differenz in der Bezahlung männlicher und weiblicher Arbeitskräfte bei vergleichbarer Arbeitserfahrung und Bildung, ist in den letzten Jahrzehnten angestiegen – von etwa 12 Prozent im Jahr 1988 auf 19 Prozent im Jahr 2002 (Naughton 2007: 199).

31 Die Zahl der Sozialproteste (etwa Demonstrationen, Tumulte, soziale Konflikte am Arbeitsplatz) in städtischen und ländlichen Gegenden ist von 87.000 im Jahr 2005 auf 127.000 im Jahr 2008 gestiegen (CLB 2009: 45).

Die Implementierung des Arbeitsvertragsgesetzes etwa hängt vom sozialen Druck ab, was sich teilweise in erfolgreichen Klagen (etwa bezüglich der Auszahlung ausstehender Löhne) manifestiert.

Die Arbeitgeber als bewusstes Kollektiv

Die Arbeitgeber kontrollieren die wichtigsten volkswirtschaftlichen Ressourcen und besitzen häufig – das betrifft nicht nur die Manager der SOEs – den Status eines politischen Kaders, was ihre Einflussmöglichkeiten erhöht: beispielsweise über Beziehungen zu den Gremien der Volkskongresse und Ministerien oder deren Verwaltungen, vor allem auf lokaler Ebene, aber auch etwa auf die Beratungsprozesse, die zu den nationalen Arbeitsvertragsgesetzen geführt haben. Die teilweise bereits vor 1979 bestehenden Arbeitgeberverbände (wie die *All China Federation of Industry and Commerce*), die in den jeweiligen Wirtschaftssektoren Lobbyfunktionen ausüben, verkörpern bereits früher den formalen Rahmen eines staatlichen Korporatismus. Ab den Achtzigerjahren konnten sie eigendynamischer expandieren (vgl. Holbig/Reichenbach 2005). Gegenwärtig entwickeln die Arbeitgeber in vielen Fragen „ein bemerkenswertes Bewusstsein gemeinsamer Interessen und Positionen“ und agieren „jenseits von vielerlei Differenzen in Weltanschauung, Mentalität und Auftreten im praktischen Sinne des Wortes ‚kollektiv‘“ (Chang/Lüthje/Luo 2008: 11).

Tripartismus mit vier Parteien

Aus dem Vorangegangenen lassen sich zwei Schlussfolgerungen ziehen:

Erstens ist die Regulierung des Lohnverhältnisses in China auf der Ebene der einzelnen Unternehmen konzentriert. Diese Verbetrieblung der industriellen Beziehungen, das heißt die fragmentierte Repräsentation von Beschäftigteninteressen, widerspricht dem an der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes interessierten Parteistaat nicht. Unterdessen weist seine partiell ausgleichende Rolle auf eine grundlegende Aufgabe des Staates gegenüber unternehmerischen Partikularinteressen hin. Das gegenwärtige System industrieller Beziehungen ähnelt insgesamt nicht den marktwirtschaftlichen Modellen Westeuropas, sondern erinnert – wenn überhaupt – an das relativ integrierte japanische Produktionsmodell beziehungsweise asiatische Modelle des Betriebspaternalismus, die den Typus einer High-Performance-Betriebsgemeinschaft anstreben (vgl. Streeck/Yamamura 2001). Ähnlich wie in Japan existieren Elemente der Aus- und Weiterbildung vor allem auf Betriebsebene. Auch die Einrichtungen der sozialen Sicherung sind stärker auf der Unternehmensebene angesiedelt.

Zweitens ist kein Übergang zu einem genuin „gesellschaftlichen“ Korporatismus festzustellen. In China mangelt es an einer für entwickelte Kapitalismen typischen, kollekti-

ven Interessenwahrnehmung der Belegschaften. Weil die Gewerkschaft keine Unabhängigkeit von der Staatspartei erlangt hat, tritt in China faktisch ein vierter Akteur zum üblicherweise dreigliedrigen Korporatismus hinzu – die von den Gewerkschaften kaum repräsentierte Arbeiterklasse. Den Versprechen einer „Harmonisierung“ der Arbeitsbeziehungen und dem hierfür vom Gesetzgeber betriebenen Institutionentransfer³² mangelt es in der gesellschaftlichen Wirklichkeit Chinas an einer entscheidenden Grundlage: der Vertretungskompetenz und Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften. Es handelt sich deshalb Chang/Lüthje/Luo (2008) zufolge um einen „Tripartismus mit vier Akteuren“, weil die Beschäftigten zwar weitgehend außerhalb der sich formalisierenden Konsultationssysteme stehen, diese jedoch durch ihre eigene Initiative und durch ihren Widerstand beeinflussen.

5 Finanzsystem und Geldbeziehungen

Die Entwicklungen im Finanzbereich sprechen aufgrund der strategischen Rolle des Staates gegen die einfache Adaption eines liberalen Modells. Die Logik einer finanzgetriebenen Akkumulation hat sich in China nicht durchgesetzt, auch wenn mit dem Aufbau von Aktienmärkten und der Umwandlung von vielen Staatsunternehmen in Aktiengesellschaften hierfür gewisse Voraussetzungen geschaffen wurden.³³ In China existieren fast alle Institutionen eines modernen Finanzsystems, die zu einer spezifischen Struktur verbunden sind und wie andere Bereiche der Volkswirtschaft einem Prozess der Veränderung unterliegen (Naughton 2007: 449–481; Wu 2005: 217–253).³⁴ Die globale Bankenkrise ab 2007 hat der chinesische Finanzsektor auch aufgrund seiner eigentümlichen Struktur bis jetzt (Anfang 2010) vergleichsweise gut überstanden.

32 Es werden beispielsweise Versuche unternommen, die Berufsausbildung nach dem Vorbild des deutschen „dualen“ Systems zu organisieren (Ahrens/Jünemann 2006: 24–26).

33 Im Folgenden wird der lokale Finanzierungssektor außerhalb des staatlich dominierten Bankensektors nicht berücksichtigt, der als wichtige Kapitalquelle für kleine und mittlere Unternehmen dient (Allen/Qian/Qian 2005: 46–59).

34 Historisch muss die Entstehung des neuen Finanzsystems in die Achtzigerjahre zurückverfolgt werden. Sie ist nicht primär auf die Zunahme ausländischer Finanzanlagen zurückzuführen, sondern besitzt eine interne Dynamik. Im Jahr 1986 beendete etwa ein Gesetz zur Bodenverwaltung das System staatlicher Zuweisung von Boden und mündete in eine Einhegungsbewegung, in der Grund und Boden unter den maßgeblichen ökonomischen und politischen Akteuren auf den verschiedenen Ebenen aufgeteilt wurden (He 2006: 76–78). Ein primärer Markt der Nutzungsrechte von Grund und Boden unter politischer Kontrolle wurde um einen sekundären Bodenmarkt ergänzt, auf dem Dritte mit den Bodennutzungsrechten handeln können. Darüber hinaus entwickelte sich im Rahmen der Demontage des Danwei-Systems ein Wohnungsmarkt. Zusätzlich gewann mit der Umstrukturierung des industriellen Systems die indirekte kreditfinanzierte Investition gegenüber der direkten, über die staatlichen Haushalte erfolgenden Anlage die Oberhand (Holz 2003: 139–141; zur Entstehungsgeschichte der Kapitalmärkte vgl. auch: Walter/Howie 2003).

Bis heute überwiegt die Finanzierung durch Bankkredite die über Kapitalmärkte. Das Bankensystem weist ein Nebeneinander an zentralstaatlichen Geschäftsbanken, regierungsnahen und städtischen Banken sowie unabhängigen Banken und Kreditgenossenschaften auf. Die Kapitalmärkte haben sich zwar seit 1992 entwickelt, besitzen jedoch noch eine geringere Relevanz. Staatliche Banken fungieren als Hauptfinanzierungsquellen des Wirtschaftswachstums. Im Zentrum befindet sich die Zentralbank (*People's Bank of China*, PBC), die ab Mitte der Achtzigerjahre die Geldpolitik bestimmt, den Wechselkurs kontrolliert und den Geschäftsbanken Kredite bereitstellt. Sie verfügt heute, in Anlehnung an die Arbeitsweise der amerikanischen Zentralbank, über mehrere regionale Niederlassungen und viele Bezirks- und Kreisfilialen. Einen nationalen Kreditplan (der Kreditobergrenzen festlegte und Zinssätze steuerte) gibt es seit 1997 nicht mehr, was den Geschäftsbanken eine größere Autonomie verliehen hat.

Die vier größten staatlichen, mittlerweile börsennotierten Geschäftsbanken sind in den Achtzigerjahren aus Untergliederungen eines in der Ära vor 1978 existierenden zentralstaatlichen Bankkomplexes entstanden. „The Big Four state owned commercial banks are still the most important part of the entire financial system, accounting for 53% of total banking system assets in 2005“ (Naughton 2007: 456). Neben den „Big Four“ und weiteren, staatlich gelenkten „policy banks“ behaupten sich zunehmend weitere kommerzielle, meist börsennotierte Banken. Sie entstammen fast ausnahmslos lokalen Machtstrukturen.³⁵ Etwa einhundert große städtische Geschäftsbanken und weitere Tausende Kreditgenossenschaften haben den Wettbewerb im Bankensektor erhöht. Ab 2005 sind erstmals auch klassische Privatbanken zugelassen. Ausländische Banken konnten ihren Einfluss etwas erhöhen.³⁶

Das Bankensystem der Volksrepublik orientierte sich bislang nicht streng am Zinsertrag wie in liberalisierten Geldwirtschaften. Es finanzierte beispielsweise Verlust bringende Staatsunternehmen und ihre sozialen Sicherungssysteme (Herr/Tober 1999). Ebenso lange wurde die Vergabe von Krediten rationiert. Die Zentralbank setzte im Rahmen ihres Kreditplanes den Verleih- und Einlagenzinssatz der Banken und das maximale Kreditvolumen fest. Enge Verbindungen zwischen zentralen und lokalen, staatlichen und halbstaatlichen Akteuren prägten dieses System: „Die Masse der Kredite war das Resultat eines Verhandlungsprozesses zwischen den Zweigstellen der Zentralbank auf

35 In den zurückliegenden Jahren haben neben der Zentralbank und dem Finanzministerium die sogenannten Staatsfonds an Bedeutung gewonnen. Der Staat erzielt neben den Zinseinkünften der Zentralbank aus dem Halten von ausländischen Staatspapieren zusätzliche Erträge etwa durch die Anlage von Währungsreserven in der Form von Staatsfonds, die ein größeres Anlagespektrum ausschöpfen.

36 Die im Zuge des WTO-Beitritts gegründete nationale Regulierungsbehörde (*China Banking Regulatory Commission*, CBRC) erklärt die Öffnung des Bankensektors mit der Absicht, die interne Reformbewegung zu beschleunigen und durch den Austausch Kenntnisse des „institution building“, des Managements und technologisches Wissen zu erwerben, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Banken erhöhen sollen (Zhu/Zeng/Li/He 2008: 49). Nationale Politiken kontrollieren den Einfluss ausländischer Investoren, die Anlagen aus Hongkong und Singapur, aber häufig auch „westliche“ Anlagen der Bank of America oder der Deutschen Bank umfassen.

lokaler Ebene, Zweigstellen der vier großen Geschäftsbanken auf lokaler Ebene, Lokalregierungen und Staatsunternehmen“ (Herr 2002: 40). Schließlich wurde der Kreditplan durch eine „Kreditempfehlung“ ersetzt, die den Geschäftsbanken größere Spielräume gewährt, ohne die politische Macht der Zentralbank substantziell zu beschränken.

Kapitalmärkte

Die Kapitalmärkte, häufig von lokalen Regierungen und noch vor der formellen Zustimmung durch die Zentralregierung initiiert (etwa die Börsen in Shanghai und Shenzhen ab Ende der Achtzigerjahre), sind wie folgt strukturiert:

- Die chinesischen *Aktienmärkte* sind zu den zweitgrößten Asiens angewachsen. Sie verkörpern einen wesentlichen Bestandteil der zweiten Reformphase und stellen keinen diesem Prozess zuwiderlaufenden Trend dar. Naughton zufolge beruhen sie auf einer im internationalen Vergleich geringen Dynamik, weil etwa große Teile der Aktien nichthandelbare Staatsaktien blieben – bis 2004 etwa zwei Drittel aller Aktien (Naughton 2007: 469–471; Lane/Schmukler 2007: 115). Der chinesische Aktienmarkt mit den großen Börsen in Shanghai und Shenzhen im Zentrum förderte die Privatisierung großer Firmen, da er den großen, sich im Prozess der Umstrukturierung befindenden SOEs neue Wege der Kapitalbeschaffung durch neue Anteilseigner eröffnete. Die große Mehrheit der börsennotierten Firmen befindet sich weiterhin unter staatlicher Kontrolle, da der Staat der größte Anteilseigner geblieben ist. Die nationale Wertpapieraufsichtsbehörde (*China Securities Regulatory Commission*, CSRC) setzt sich für eine Verbesserung der Unternehmensperformance durch neue Corporate-Governance-Standards ein und bemüht sich darum, die Börsen für Investoren attraktiv zu machen und den Einstieg von (partiell aus dem Ausland finanzierten) Versicherungs- und Pensionsfonds in Aktien zu fördern.³⁷
- Neben den Aktienmärkten spielt der *Renten- beziehungsweise Anleihenmarkt* als Segment der Kapitalmärkte in China eine wichtige Rolle. Die auf den Rentenmärkten überwiegend gehandelten Anleihen und Schuldverschreibungen der chinesischen

37 China lässt sich insgesamt nicht in eine der beiden klassischen Corporate-Governance-Modelle einordnen: Während sich die Unternehmen in den USA oder Großbritannien auf die regulatorische Funktion des Kapitalmarktes sowie des Vorstands verlassen, stützen sich die Unternehmen in Deutschland oder Japan traditionell eher auf die Banken. In China spielen bislang weder die Kapitalmärkte noch die Banken in der Praxis der Unternehmensführung und -kontrolle eine zentrale Rolle, auch wenn die Banken als wichtigste externe Finanzierungsquellen von Unternehmen fungieren. Die Banken besitzen nicht einmal das Recht, Aktienbeteiligungen im Nicht-Finanz-Sektor zu halten: „In China, although the pattern of financing reveals the importance of banks, the system of corporate governance has no corresponding role for bank oversight. To the extent that China has a control-based system, the control is fragmented among state-owned industrial holding companies, SASACs at various levels, and government and Communist Party bodies“ (Naughton 2007: 320).

Regierung umfassten Ende des Jahres 2003 etwa 20 Prozent des Gesamt-BIP. Hinzu kommen noch einmal Anleihen beziehungsweise Obligationen im Umfang von 10 Prozent des BIP, die von den „policy banks“ ausgegeben werden.³⁸

Alles in allem kann eine tiefgreifende Integration in die globalen Finanzmärkte bislang nicht festgestellt werden, wofür etwa der geringe Anteil der von Ausländern gehaltenen Vermögenswerte in China (mit der Ausnahme der Auslandsdirektinvestitionen [ADI]) ein Indikator ist (vgl. Lane/Schmukler 2007). Aus der Asienkrise 1997/98 hat die chinesische Regierung Lehren gezogen. Die staatliche Kontrolle des Kapitalverkehrs und der Wechselkurse soll aufrechterhalten bleiben.

6 China in der Weltwirtschaft

Die gegenwärtige Situation der VR China ist vom Bestreben der politischen Führung gekennzeichnet, die widersprüchlichen Auswirkungen der kapitalistischen Modernisierung und der globalen Konkurrenz abzumildern – normativ wird dies mit dem Ziel einer „Harmonischen Gesellschaft“ begründet. Diese strategischen Absichten werden allerdings auf vielfältige Weise durch weltwirtschaftliche und ostasiatische Dynamiken sowie vom Einfluss ökonomischer und politischer Akteure überlagert, die nicht unmittelbar abhängig von der chinesischen Partei- und Staatsführung oder kaum beeinflussbar sind. Diese inter- und transnationalen Einflüsse werden in der etablierten Chinaforschung nicht hinreichend thematisiert. Im Anschluss an die Beschreibung von vier Kernbereichen des chinesischen Entwicklungspfades müssen daher weitere Dimensionen herausgearbeitet werden, die das Gesicht sowie die Dynamik des Staatskapitalismus in China prägen: erstens die Rolle Chinas in der globalen Ökonomie, zweitens die Regionalisierungsprozesse in Ostasien und drittens der Einfluss der sogenannten Überseechinesen bei der Bildung einer chinesisch dominierten Makro-Region („China Circle“) in Ostasien.³⁹

38 Die Anlageform des in- und ausländischen Risikokapitals, außerbörsliches Beteiligungskapital beziehungsweise „private equity“, welches ein Geldgeber zur Beteiligung an als riskant geltende Firmen bereitstellt, hat in China mittlerweile, mit Erlaubnis der Regierung, besonders unter den neuen Start-up-Technologieunternehmen Einzug gehalten (Zhang/Gao/White/Vega 2007: 63–65).

39 Anknüpfungspunkte für die Beschreibung des chinesischen Kapitalismus ergeben sich ferner aus einer Untersuchung des aktiven Eingreifens chinesischer Akteure in weltwirtschaftliche Prozesse. Die VR China hat als Akteur in der Weltwirtschaft und -politik eine zunehmende Bedeutung erlangt. China integrierte sich gewissermaßen als „Spät-Spätentwickler“ in die Weltwirtschaft. Die ökonomische Öffnung gegenüber dem Westen führte im Unterschied zu den historischen Erfahrungen anderer Entwicklungsländer nicht zu einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten und Einschränkungen des (geo-)politischen Handlungsspielraums, sondern ebnete eine Vergrößerung der Machtkapazitäten Chinas im Rahmen einer selektiven Öffnung der Wirtschaft und der Strategie eines dynamischen Protektionismus den Weg. Das wechselseitige Angewiesensein der hegemonialen Führungsmacht der USA und der aufstrebenden VR China birgt geopolitische Konfliktpotenziale (vgl. ten Brink 2008: 249–263).

Die Entwicklung der Weltwirtschaft ist ab den Siebzigerjahren durch einen Trend zu erheblichen Disparitäten charakterisiert, der es einigen Ländern gestattete, trotz eines durchschnittlich niedrigeren Wachstums im Vergleich zu der vorherigen Phase nach 1945, dennoch ein beachtliches Wachstum zu erzielen. Der chinesische Kapitalismus konnte in dieser Konstellation die vergleichsweise günstigsten Ergebnisse erzielen, denn die Volkswirtschaft verfügte über eine günstige interne Ausgangssituation, konnte auf Kosten anderer Länder wachsen⁴⁰ und profitierte sowohl von seiner Lage in Ostasien als auch von „glücklichen“ Fügungen hinsichtlich einer zunehmenden Überakkumulation von Kapital im Norden.

Glückliche Fügungen: Globale Überakkumulation und die Rolle der Auslandsdirektinvestitionen

Zur Untersuchung weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Veränderungen seit den Siebzigerjahren kann auf eine Reihe sozialwissenschaftlicher Debatten, die den Aufstieg Chinas zu einer Weltmacht im Kontext der Umstrukturierungen der Weltwirtschaft und globaler Regulierungs- und Hegemonialstrukturen analysieren, zurückgegriffen werden (vgl. Arrighi/Hui/Hung/Selden 2003; Jessop/Sum 2006; Li/Zhu 2005; ten Brink 2008).

Chinas dynamischer Reformpfad hat seinen Ursprung paradoxerweise am Endpunkt eines langen Aufschwungs des Nachkriegskapitalismus. Die Nation konnte von der in den Siebzigerjahren eröffneten Globalisierungsphase im Gegensatz zu anderen „staatssozialistischen“ Gesellschaften profitieren. Die realwirtschaftlichen Stagnationserscheinungen ab den Siebzigerjahren setzten die Sowjetunion und ihre Vasallenstaaten stärker unter Druck als China, insbesondere deshalb, weil im Ostblock ein Trend zur „Überindustrialisierung“ bereits länger bestand: „The fact that socialism fell when world manufacturing already suffered from excess capacity contributed to the destruction of the productive capacities of former socialist economies. This is much less the case in China [...], where the agrarian sector remained dominant through the whole socialist epoch“ (King/Szelényi 2005: 209). Das am Ende der Siebzigerjahre noch unterindustrialisierte China konnte diese Konstellation nutzen und profitierte zusätzlich von seiner sozialräumlichen Lage.

Genauso wie der Ursprung so ist auch die Fortentwicklung des chinesischen „Wirtschaftswunders“ nur unter Einbeziehung externer Variablen zu erklären. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die Auslandsdirektinvestitionen (ADI) und die hiermit verbundene Export-

40 Dadurch, dass sich die „Dritte Welt“ intern differenzierte, konnten nur wenige Länder des Südens ADI auf sich ziehen und zugleich Exportmärkte bedienen. Die erfolgreiche Weltmarktintegration Chinas erfolgte daher gewissermaßen auf Kosten anderer Ökonomien, die ebenso wie die Volksrepublik eine Exportorientierung durchsetzen wollten (Cho 2005: 150–151; IMF 2004: 82, 87).

orientierung. Zusätzlich begünstigten räumliche wie zeitliche Faktoren das Wirtschaftswachstum. Der chinesische Investitionsstandort befand sich in einer räumlichen Nähe zur ostasiatischen Wachstumsregion, deren Bedeutung im nächsten Kapitel erläutert wird. Dieses günstige Setting konnte bei der Überwindung problematischer Situationen helfen, in denen der weitere Aufschwung seit den Achtzigerjahren gefährdet war.

In der ersten Reformphase überstieg der Anteil der ADI nicht den Wert von 1 Prozent des BIP. In den Neunzigerjahren stieg der Anteil auf teilweise 5 bis 6 Prozent, um ab 2000 (aufgrund des hohen BIP-Wachstums insgesamt) leicht zu fallen.⁴¹ In einzelnen Küstenregionen wie Guangdong, Fujian oder Shanghai konnten sogar sehr hohe Werte zwischen 9 Prozent und 13 Prozent erreicht werden. Im Jahr 2004 überstiegen die über die Jahre kumulierten ADI in China die Grenze einer halben Billion US-Dollar. Im Jahr 2007 wurden 140 Mrd. US-Dollar auf dem chinesischen Festland investiert (World Bank 2009: 144). Die wichtigsten Quellen der ADI liegen in Hongkong, gefolgt von Taiwan, Macao und einigen Steueroasen (wie den British Virgin Islands).⁴² Auf die Triade USA, Japan und die Kernstaaten der EU entfielen zwischen 1985 und 2005 etwa 25 Prozent der gesamten ADI. Unter den asiatischen Investoren spielen neben dem bereits benannten Japan ADI aus Südkorea und Singapur eine Rolle.

Als eine aufholende Ökonomie profitierte China ab den Neunzigerjahren, in dem sich das extravertierte, an ostasiatischen Vorbildern orientierte Regime des „Exportismus“ etablierte, von einer besonderen weltwirtschaftlichen Konstellation. Die alten „Zentren“ wiesen eine niedrigere Investitionsquote auf: „the industrial countries are now accumulating at a slower rate than the world as a whole [...] The baton of ‚super-accumulator‘ was passed [...] to China in the 1990s. In the early 2000s the growth of capital stock in China could easily be 12% or more“ (Glyn 2006: 86-87).⁴³ Die zwei Lokomotiven der Weltwirtschaft seit Mitte der Neunzigerjahren, die USA und in einem geringeren Ausmaß China, konnten ihr Wachstum auf zwei unterschiedlichen, sich ergänzenden, jedoch voneinander abhängigen Wegen erzielen. Während in den USA große Anteile des BIP-Wachstums auf den (schuldenfinanzierten) Konsum und weniger auf Investitionen

41 Eine besondere Rolle für die räumliche Ballung der ADI spielten seit 1979 die Sonderwirtschaftszonen. Gegenwärtig verfügt die chinesische Zentralregierung über etwa zweihundert Entwicklungszonen. Hinzu kommen noch einmal Hunderte, von den lokalen Regierungen beaufsichtigte industrielle Entwicklungszonen, die einer zentralstaatlichen Kontrolle weitgehend entbehren. Die neuen Netze der Interaktion überlagerten mit der Zeit ihre vorgegebenen Grenzen und trugen zur Reorganisation der gesamten Wirtschaft bei.

42 Investitionen aus Hongkong und Macao können als „ausländische“ Investitionen angesehen werden: In den Sonderverwaltungszone herrschen faktisch unabhängige Regierungen. Zudem ist insbesondere Hongkong Standort von etwa eintausend Niederlassungen und regionalen Firmenzentralen internationaler Konzerne, deren ADI teilweise über Hongkong nach China fließen.

43 Autoren, die insbesondere die „Pull-Faktoren“ der niedrigen Arbeitskosten und sonstige Standortvorteile für ADI als Erklärungsfaktoren der erfolgreichen weltwirtschaftlichen Integration Chinas heranziehen (Lardy 2002: 61), vernachlässigen einen wesentlichen „Push-Faktor“ für die riskanten Investitionen – ein mitunter als Anlagenotstand deklarierter Zustand der Überakkumulation von Kapital in den klassischen Produktionszentren.

zurückzuführen waren, verlief der chinesische Aufschwung gewissermaßen spiegelverkehrt zu den USA. Der chinesische Boom beruhte auf einer sehr hohen Investitionsquote und einer vergleichsweise geringen internen Konsumquote. Die relative Bedeutung der Investitionen steigerte sich noch, von circa 30 Prozent des BIP zu Beginn der Neunzigerjahre auf annähernd 40 Prozent nach 2000 (Li/Zhu 2005: 54). Ferner nahm der (Waren-)Export im Verhältnis zum BIP zu.

Große Mengen an verfügbaren liquiden Mitteln im Norden stellten die Versorgung mit Geldanlagen sicher und heizten den Investitionsboom weiter an. Die alten Zentren als Endabnehmer von Exportgütern aus China besaßen in dieser Situation eine maßgebliche Bedeutung. Werden die durch Investitionen aus Hongkong finanzierten Exporte eingerechnet, gingen wohl 30 Prozent aller Exporte in die USA.⁴⁴ Die wachsende Investitions-Konsumtions-Schere hat die Abhängigkeit vom Export ansteigen lassen. Das Ende des Konsumbooms in den USA musste demnach Kriseneffekte in den auf den amerikanischen Verbrauchermarkt orientierten chinesischen Branchen nach sich ziehen.

Die Absorption der ausländischen Ersparnisse durch die USA, die das Gegenstück zum aggregierten Leistungsbilanzüberschuss im Rest der Welt darstellte, haben in den 2000ern globale Ungleichgewichte entstehen lassen. Das amerikanische Leistungsbilanzdefizit wurde durch eine globale Ersparnisschwemme finanziert (Bernanke 2005; Hung 2008). Die hiermit verbundene Erhöhung der Fremdwährungsbestände (in US-Dollar) im asiatischen Raum, der den internationalen Kapitalmärkten vermehrt Finanzkapital zur Verfügung stellte, bildete einen zentralen Bestandteil der gelegentlich als „Bretton Woods II“ bezeichneten Konstellation, die einige Jahre die Dominanz des US-Dollars trotz der hohen Verschuldungsrate der Vereinigten Staaten garantierte und die Weltwirtschaft stabilisierte. Im Zuge der globalen Krise ab 2007 wurde diese jedoch infrage gestellt.

Die Tatsache, dass China zum attraktivsten Produktionsstandort der Erde auch und gerade deshalb avancierte, weil die Realakkumulation in den alten Zentren sich verlangsamt, verweist auf einen Zusammenhang, dem weder in einer liberalen Erfolgsgeschichte der Vermarktlichung noch in einer staatszentrierten Perspektive (der chine-

44 Zum Verständnis der Integration Chinas in weltwirtschaftliche Prozesse trägt eine Analyse ihrer Einbindung in transnationale Produktionsverbände bei, die in China die Bedeutung der „Reexportwirtschaft“ befördert hat (Cho 2005: 152–163). Einer Berechnung zufolge verfügen die auslandsfinanzierten Unternehmen über den größten Exportanteil aller Unternehmen, zwischen 2000 und 2004 lag ihr Anteil bei knapp über 50 Prozent, gefolgt von den SOEs mit etwa 25 Prozent. Ebenso produzieren viele heimische Unternehmen unter „Original equipment manufacturing“-Verhältnissen (OEM), das heißt, ihre Exportwaren werden unter ausländischen Markennamen auf dem Weltmarkt abgesetzt.

Auch wenn ein gewichtiger Anteil der Exporte von ausländischen Investoren abhängt, versuchen die chinesischen Machteliten diesen Sachverhalt in vielfältiger Weise zu nutzen: über „Spill-over-Effekte“ durch technischen Fortschritt, durch die Anpassung der chinesischen Zuliefererindustrie an Weltmarktstandards, durch eine bessere Ausbildung und Disziplinierung der Arbeitskräfte, durch Steuereinnahmen und anderes mehr.

sische Leviathan als kluger, vorausschauender Lenker der Wirtschaft) ein gebührender Platz eingeräumt wird: die Rolle nichtintendierter, kontingenter Entwicklungen in einem anarchischen Weltsystem.

Die Bedeutung Ostasiens

Chinas Entwicklung muss im Kontext von miteinander verbundenen Wirtschaftsaufschwüngen in Ostasien analysiert werden, die häufig etwas vereinfachend als Ausdruck eines regelrechten Schneeballeffekts beschrieben werden. Die Bildung Ostasiens zu einem Zentrum der Weltwirtschaft – beginnend mit dem Aufstieg Japans in den Fünfziger- und Sechzigerjahren, weitergeführt in den Wachstumsschüben Hongkongs, Südkoreas, Singapurs und Taiwans ab Mitte der Sechzigerjahre sowie den ASEAN-4 (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand) ab 1973 und schließlich gipfelnd im Wirtschaftsaufschwung Chinas – schuf ein makroregionales Setting, das in einer Untersuchung des chinesischen Wachstums Berücksichtigung finden muss. Das regionale Umfeld, das heißt der ostasiatische Wachstums- und Verflechtungsprozess nach 1945 und die innerasiatischen Handels- und Produktionsketten bildeten ein entscheidendes externes Moment in der erfolgreichen Weltmarktintegration Chinas.

Zwar kann nur auf einem hohen Abstraktionsniveau von einem „asiatischen Kapitalismus“ (Amable 2003: 102–104) gesprochen werden. Länderuntersuchungen verweisen auf markante Unterschiede der Kapitalismen in Ostasien, auch wenn beinahe alle Länder den Weg einer exportorientierten Industrialisierung beschritten haben. Wie Pohlmann schreibt, verfehlt die Denkfigur eines „asiatischen“, „ostasiatischen“ oder „konfuzianischen“ Kapitalismus die tatsächlichen Gegebenheiten der verschiedenen politischen Ökonomien Asiens (Pohlmann 2002: 309). Gleichwohl sind gewisse regionale Ähnlichkeiten nicht zu übersehen. Zur überragenden Bedeutung des „Entwicklungsstaates“ (Wade 1990) und der Exportorientierung trugen unter anderem folgende Entwicklungen bei:

- Relevant für den Erfolg der entwicklungsstaatlich betriebenen Industrialisierung war eine gesellschaftliche Notstandssituation in beinahe allen Ländern Ostasiens um 1945. Dies erleichterte es den staatlichen Instanzen, zu anerkannten politischen Akteuren zu werden. Es gelang ihnen, Strategien des Überlebens und des wirtschaftlichen Aufbaus zu formulieren und praktisch durchzusetzen, die eine Unterordnung der Interessen wichtiger sozialer Gruppen zur Voraussetzung hatten. Dabei wurde in Japan, Südkorea und Taiwan an tradierten Vorstellungen einer starken Zentralmacht angeknüpft (Hamilton/Biggart 1997: 140).
- Viele Länder Ostasiens konnten in einer vergleichbaren Weise (sowohl in der Phase des Wirtschaftsaufschwungs nach 1945 als auch in der darauf folgenden Entwicklungsphase) Handelsnischen besetzen und Erfolge auf dem Gebiet des Exports von

Industriegütern erzielen, indem sie den Schwerpunkt auf eine wirtschaftliche Außenorientierung („Exportismus“) legten (Deyo 1993: 33–37; Jessop/Sum 2006, 156ff., 162ff.). Dazu trug die beschleunigte Expansion des Welthandels wie auch die geopolitische Konstellation des Kalten Krieges bei. Das übergreifende weltwirtschaftliche und in der Zeit des Kalten Krieges überaus bedeutsame geopolitische Geflecht, das die Einbindung vor allem Japans, Taiwans, Südkoreas, Hongkongs und Singapurs in den von den USA dominierten Block beinhaltete, schuf eine Art Sicherheitsschirm und erleichterte deren Integration in den Weltmarkt (Castells 2003: 303).

Die ökonomische Dynamik in Ostasien führte im Laufe der Zeit zu einer intensiven inner-regionalen wirtschaftlichen Verflechtung, die sich bis in die Siebzigerjahre in Form einer innerasiatischen Hierarchie mit dem Zentrum Japan entfaltete. Die regionalen Handels- und Produktionsnetzwerke entwickelten sich zu Grenzen übergreifenden Wirtschaftsräumen (vgl. Chen 2005).⁴⁵

In den Siebzigerjahren orientierten sich die durch innere Desintegrationstendenzen in ihrer Machtstellung bedrohten chinesischen Machteliten an neuen, postmaoistischen Akkumulationsstrategien. Die erfolgreiche Entwicklung einiger ostasiatischer Ökonomien diente dabei als Vorbild, dem man allerdings seine spezifischen nationalen Konturen erst noch zu verleihen hatte, wie Deng Xiaoping es auf dem Parteitag der KPCh von 1982 formulierte (Hartig 2008: 43). Eine besondere Verbindung ist dabei zu Hongkong und Taiwan entstanden: In ökonomischer Hinsicht lässt sich spätestens seit den Neunzigerjahren von einer transnationalen Region um Hongkong und die Provinz Guangdong sprechen, in der etwa im Rahmen der von Hongkong gesteuerten Auftragsfertigung transnationale Unternehmen unter Umgehung zahlreicher gesetzlicher Bestimmungen der VR China immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Ferner stellen der Erfolg der exportorientierten Importsubstitution Taiwans, die Ausbildung einer industriellen Basis zum Zwecke des Exports von Industriegütern sowie die erste „Freie Produktionszone“ im Jahr 1965 eine Blaupause für die Exportoffensiven Beijings dar. Die geografische Nähe und die historisch engen Verbindungen vieler Taiwanesen nach China schufen eine günstige ökonomische Gelegenheitsstruktur, die trotz aller geopolitischer Differenzen zu einer engen Verknüpfung führte, ohne die die chinesische Wirtschaftsentwicklung nicht angemessen erklärt werden könnte.

45 Die konkurrierenden Führungsansprüche eines aufstrebenden Chinas und eines weiterhin mächtigen Japans verhindern gleichwohl eine rasche Integration auf politischer Ebene.

Der China Circle und die Überseechinesen

Der Begriff des „China Circle“ beziehungsweise des „Greater China“ bezeichnet eine sozioökonomische, über die Volksrepublik China hinausreichende, transnationale Makro-Region. Vor allem sollen damit die transnationalen Handelsbeziehungen und Kapitalverflechtungen zwischen ethnischen Chinesen erfasst werden.

Die bedeutenden chinesischen Minderheiten in vielen südostasiatischen Ländern rekrutieren sich aus einer, zum Teil Jahrhunderte alten, wellenartig verlaufenden Migration die insbesondere von den südchinesischen Provinzen Guangdong und Fujian ausging. Die von vorübergehend oder dauerhaft im Ausland lebenden Überseechinesen in einer spezifischen Weise institutionalisierten Geschäftsnetzwerke in Ostasien spielen eine beachtliche Rolle in der Industrialisierung Chinas (vgl. Hsing 1998; Kui 2007; Meyer-Clement/Schubert 2004; Yeung/Olds 2000; Yeung 2006). In wirtschaftspolitischer Hinsicht wird mit dem Begriff „Greater China“ ein geografischer Raum beschrieben, der die süd- und südostchinesischen Küstenprovinzen (Guangdong, Fujian, Jiangsu, Zhejiang sowie Shanghai), Macao und Hongkong sowie Taiwan umfasst. Häufig werden auch Singapur und weitere Staaten Südasiens dazu gerechnet, die relevante wirtschaftliche Beziehungen mit dem „Kerngebiet“ pflegen. Der Wert des ökonomischen Outputs aller Überseechinesen (das heißt, auch der außerhalb Ostasiens agierenden) betrug schon im Jahr 1996 circa 600 Mrd. US-Dollar (Yeung/Olds 2000: 7).⁴⁶

Weil dieser regionale Wirtschaftsraum politisch noch kaum integriert ist, sollte mit dem vorsichtigeren Terminus „China Circle“ gearbeitet werden.

The basis for the emergence of the China Circle was the success of Taiwan and Hong Kong in developing labour-intensive manufactured exports during the 1960s and 1970s, particularly to the U.S. market. Both economies produced an enormous range of light, labour-intensive manufactures: beginning with plastic flowers in Hong Kong, extending through a vast range of sporting and travel goods, to the huge garment and footwear sectors. This success had an important demonstration effect on China from the beginning of the reform era, because Chinese policy-makers observed their success and sought to emulate and repeat it through economic reform. The export success of Taiwan and Hong Kong began to have a much more direct effect on the mainland in the mid-1980s, when it began to drive a restructuring of East Asian production networks. (Naughton 2007: 416).

Das mächtige System von japanischen Subunternehmen in Ostasien, das von den USA protegiert wurde, hing stark von überseechinesisch dominierten Netzwerken ab, die zum Hauptvermittler zwischen japanischen und örtlichen Unternehmen wurden.

So war das Kapital der Überseechinesen hervorragend positioniert, um von der Ausweitung des vielschichtigen japanischen Subunternehmenssystems über Japans Grenzen hinaus und der wachsenden Nachfrage US-amerikanischer Unternehmen nach Geschäftspartnern in der Regi-

46 Für die Kapitalismusforschung ist an dieser Stelle ein Punkt besonders hervorzuheben – die spezifische Gestalt des „ethnic chinese capitalism“, der sich als quasi-transnationales Geflecht einer Schematisierung entlang von „nationalen“ Kapitalismusmodellen entzieht (Yeung 2006).

on zu profitieren. Je intensiver die Konkurrenz um ostasiatische kostengünstige und qualitativ hochwertige Arbeitskräfte wurde, um so stärker bildeten die Überseechinesen sich als eines der mächtigsten kapitalistischen Netzwerke in der Region heraus, das in vielerlei Hinsicht die Netzwerke der US-amerikanischen und japanischen Multis in den Schatten stellte. Aber die besten Gelegenheiten für ihre Bereicherung und ihren Machterwerb kamen mit der Reintegration des kontinentalen Chinas in die regionalen und globalen Märkte in den 1980er Jahren. (Arrighi 2008: 434)

Während westliche und japanische Unternehmer noch das Investitionsklima in China kritisierten, konnten die Exil-Chinesen dank ihrer Vertrautheit mit den Gepflogenheiten und der Sprache vor Ort in der ersten Phase der Reform zur wichtigsten Quelle der ADI werden. Das überseechinesische Kapital ebnete den erst in den Neunzigerjahren ansteigenden ausländischen Investitionen gewissermaßen den Weg.

Im weiteren Verlauf verschmolzen die Netzwerke der Exil-Chinesen mit den Netzen der Festlandchinesen.⁴⁷ Schrittweise verbesserte sich das Investitionsklima, was auch die globalen Produktionsverbände dazu veranlasste, ihre Fertigung verstärkt nach China zu verlagern. Der WTO-Beitritt beschleunigte diesen Prozess abermals, mit der Folge eines verstärkten Technologieimports und der Heraufkunft einer ersten Generation von chinesischen transnationalen Konzernen.

7 Fazit: Staatskapitalismus in China

In China hat sich in den letzten Jahrzehnten eine neuartige Spielart des Kapitalismus herausgebildet. Diese wies spezifische Voraussetzungen auf und beschritt auch hinsichtlich des wirtschaftlichen Entwicklungspfades einen eigenständigen Weg. Die Entwicklung der VR China, die das Stadium einer Transformationsökonomie weitgehend hinter sich gelassen hat, führte nicht zur Adaption bekannter Kapitalismusmodelle, sondern ließ die neue Form eines marktliberalen, wettbewerbsgetriebenen Staatskapitalismus entstehen. Ein marktliberaler, unternehmerischer Geist koexistiert mit einem umfassenden Staatsinterventionismus, der sich an makroökonomischen Erfolgsparametern orientiert und sich in einem heterogenen Ensemble von privat-öffentlichen Wirtschaftsregimen

47 Die Netzwerke der Exil-Chinesen zeichnen sich durch den Fortbestand familienbasierter Produktionsformen, die sich unter dem Wettbewerbsdruck professionalisieren, und durch den strategischen Einsatz ihrer „chinesischen“ Identität zum Zwecke der geschäftlichen Expansion auf dem chinesischen Festland aus (Yeung 2006: 244–246). Saxenian beschreibt eine transnationale Dreiecksbeziehung in der IT-Industrie zwischen Standorten des kalifornischen Silicon Valley, der taiwanesischen Stadt Hsinchui und Shanghai. Die Unternehmernetzwerke von Chinesen, Taiwanesen und anderen Exil-Chinesen konnten überaus erfolgreiche Konzerne gründen. Auch wenn eine hierfür notwendige Grundlage die staatliche Förderung des Elektroniksektors in Taiwan und China war, garantierten erst die transnationalen Geschäftsbeziehungen und der mit ihnen verbundene Wissenstransfer den Erfolg (Saxenian 2005).

manifestiert. Die Machteliten konnten bisher die Selbsterhaltungsinteressen des Partei-Staates mit dem Ziel der marktlich vermittelten Akkumulation erfolgreich kombinieren. Zu den Eigentümlichkeiten des chinesischen Systems gehören erstens ein dynamischer Staatsdirigismus, zweitens eine besondere Form des Wettbewerbs und der privat-öffentlichen Unternehmensorganisation, drittens eine spezifische Variante des Korporatismus in den Arbeitsbeziehungen sowie viertens eine strikte Regulierung der Geld- und Währungsbeziehungen. Hinzu tritt fünftens eine spezifische Form der konfliktorisch-kooperativen Integration Chinas in weltwirtschaftliche, ostasiatische sowie weitere transnationale Beziehungen und Kräfteverhältnisse, die zu einem fragilen Kräftegleichgewicht zwischen festlandchinesischem, überseechinesischem und ausländischem ökonomischem Engagement führen. Die Unternehmen der entwickelten Volkswirtschaften (auch in Ostasien) schufen sich vor dem Hintergrund einer Überakkumulation von Kapital paradoxerweise neue Konkurrenten in dem Maße, wie sie selbst versuchten, von der chinesischen Dynamik zu profitieren. Resultat ist eine Restrukturierung der Konkurrenzverhältnisse auf den internationalen Märkten, da die chinesische Staatsführung nicht nur ADI begünstigt, sondern auch selbst beziehungsweise vermittelt durch chinesische Konzerne zum internationalen Großinvestor aufgestiegen ist.

Die gegenwärtigen krisenhaft-dynamischen Globalisierungsprozesse bedrohen die Kontinuität des chinesischen Entwicklungspfades. Das chinesische System der regionalisierten Macht droht vor Zerreißproben gestellt zu werden, wenn ein zentrales Merkmal der Politik – auf die Wohlstandsmehrung breiter Bevölkerungsschichten zu zielen und auf individuelle Aufstiegsmotivationen zu setzen – infrage gestellt wird. Dann erscheint es ungewiss, ob die KPCh ihre Herrschaft weiterhin mit der teleologischen Beweisführung legitimieren kann, den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung Ausdruck zu verleihen.

Literatur

- Ahrens, Joachim/Patrick Jünemann, 2006: *Transitional Institutions, Institutional Complementarities and Economic Performance in China: A 'Varieties of Capitalism' Approach*. Duisburg Working Papers on East Asian Studies, No. 72. Duisburg: Universität Duisburg-Essen Institut für Ostasienwissenschaften (Institute of East Asian Studies).
<www.isnie.org/ISNIE06/Papers06/11.3/AhrensJuenemann.pdf>
- Allen, Franklin/Qian, Jun/Meijun Qian, 2005: *China's Financial System: Past, Present, and Future*. Philadelphia, PA: Wharton School, University of Pennsylvania.
<www2.bc.edu/~qianju/China-finsystem-book-072105-ALL.pdf>
- Amable, Bruno, 2003: *The Diversity of Modern Capitalism*. Oxford: Oxford University Press.
- Arnason, Johann P., 2003: *Civilizations in Dispute: Historical Questions and Theoretical Questions*. Leiden: Brill.
- Arrighi, Giovanni, 2008: *Adam Smith in Beijing: Die Genealogie des 21. Jahrhunderts*. Hamburg: VSA.
- Arrighi, Giovanni/Hui, Po-keung/Hung, Ho-fung/Mark Selden, 2003: Historical Capitalism, East and West. In: Giovanni Arrighi/Takeshi Hamashita /Mark Selden (Hg.), *The Resurgence of East Asia: 500, 150 and 50 Year Perspectives*. London: Routledge.

- Beckert, Jens/Rainer Diaz-Bone/Heiner Ganßmann, 2007: Neue Perspektiven für die Marktsoziologie. In: Jens Beckert/Rainer Diaz-Bone/Heiner Ganßmann (Hg.), *Märkte als soziale Strukturen*. Frankfurt a.M.: Campus, 19–39.
- Bernanke, Ben S., 2005: *The Global Saving Glut and the U.S. Current Account Deficit*. <www.federalreserve.gov/boarddocs/speeches/2005/200503102/default.htm>
- Bieling, Hans-Jürgen, 2007: *Internationale politische Ökonomie*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Block, Fred, 1994: The Roles of the State in the Economy. In: Neil Smelser/Richard Swedberg (Hg.), *The Handbook of Economic Sociology*. Princeton: Princeton University Press, 691–710.
- Bourdieu, Pierre, 1992: *Die verborgenen Mechanismen der Macht*. Hamburg: VSA.
- Boyer, Robert, 2005: How and Why Capitalisms Differ. In: *Economy and Society* 34(4), 509–557.
- Brodsgaard, Kjeld Erik, 2004: Management of Party Cadres in China. In: Kjeld Erik Brodsgaard/Zheng Yongnian (Hg.), *Bringing the Party Back In: How China is Governed*. Singapur: Eastern Universities Press, 57–91.
- Burawoy, Michael, 1996: The State and Economic Involution: Russia through a China Lens. In: *World Development* 24(6), 1105–1117.
- Castells, Manuel, 2003: *Das Informationszeitalter – Jahrtausendwende: Teil 3 der Trilogie*. Opladen: Leske + Budrich.
- Chan, Anita, 1993: Revolution or Corporatism? Workers and Trade Unions in Post-Mao China. In: *The Australian Journal of Chinese Affairs* 29(1), 31–61.
- , 2008: The Evolution of China's Industrial System, the Japanese-German Model, and China's Workers' Congress. In: *Labour Relations Journal* 1, 52–65.
- Chang, Kai/Boy Lüthje/Luo Siqi, 2008: *Die Transformation der Arbeitsbeziehungen in China und ihre Besonderheiten*. Arbeitspapier des HBS-Forschungsprojektes „Sozialökonomische Transformation und industrielle Beziehungen in China“. Unveröffentlichtes Manuskript. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Chen, Xiangming, 2005: *As Borders Bend: Transnational Spaces on the Pacific Rim*. Lenham: Rowman & Littlefield.
- Chiu, Stephen W. K./Stephen J. Frenkel, 2000: *Globalization and Industrial Relations in China*. Bangkok: International Labour Organization.
- Cho, Hyekyung, 2005: *Chinas langer Marsch in den Kapitalismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ciccantell, Paul S./Stephen G. Bunker, 2004: The Economic Ascent of China and the Potential for Restructuring the Capitalist World-Economy. In: *Journal of World-Systems Research* 10(3), 565–589.
- CLB (China Labour Bulletin), 2009: *Going It Alone: The Workers' Movement in China (2007–2008)*. <www.clb.org.hk/en/files/share/File/research_reports/workers_movement_07-08.pdf>
- Coates, David, 2000: *Models of Capitalism: Growth and Stagnation in the Modern Era*. Cambridge: Polity.
- Crouch, Colin/Wolfgang Streeck (Hg.), 1997: *Political Economy of Modern Capitalism: Mapping Convergence and Diversity*. London: Sage.
- Deutschmann, Christoph, 2009: *Soziologie kapitalistischer Dynamik*. MPIfG Working Paper 09/5. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. <www.mpifg.de/pu/workpap/wp09-5.pdf>
- Deyo, Frederic, 1993: *Beneath the Miracle: Labor Subordination in the New Asian Industrialism*. Berkeley: University of California Press.
- Dickson, Bruce J., 2007: Integrating Wealth and Power in China: The Communist Party's Embrace of the Private Sector. In: *The China Quarterly* 192, 827–854.
- Ernst, Dieter/Barry Naughton, 2007: China's Emerging Industrial Economy: Insights from the IT Industry. In: Christopher A. McNally (Hg.), *China's Emergent Political Economy: Capitalism in the Dragons's Lair*. London: Routledge, 39–59.
- Eyal, Gil/Iván Széleányi/Eleanor Townsley, 2000: *Making Capitalism without Capitalists: Class Formation and Elite Struggles in Post-Communist Central Europe*. London: Verso.
- Gallagher, Mary E., 2004: Time is Money, Efficiency is Life: The Transformation of Labor Relations in China. In: *Studies in Comparative International Development* 39(2), 11–44.

- Glyn, Andrew, 2006: *Capitalism Unleashed: Finance, Globalization, and Welfare*. Oxford: Oxford University Press.
- Goldman, Merle/Roderick MacFarquhar, 1999: Dynamic Economy, Declining Party-State. In: Merle Goldman/Roderick MacFarquhar (Hg.), *The Paradox of China's Post-Mao Reforms*. Cambridge, MA: Harvard University Press, 3–29.
- Hamilton, Gary G./Nicole W. Biggart, 1997: Market, Culture, and Authority: A Comparative Analysis of Management and Organization in the Far East. In: Marco Orru/Nicole W. Biggart/Gary G. Hamilton (Hg.), *The Economic Organization of East Asian Capitalism*. Thousand Oaks, CA: Sage, 111–150.
- Harris, Nigel, 1978: *The Mandate of Heaven: Marx and Mao in Modern China*. London: Quartet.
- Hartig, Falk, 2008: *Die Kommunistische Partei Chinas heute: Von der Revolutions- zur Reformpartei*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Hart-Landsberg, Martin/Paul Burkett, 2005: *China and Socialism: Market Reforms and Class Struggle*. New York: Monthly Review Press.
- Hartmann, Jürgen, 2006: *Politik in China: Eine Einführung*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- He, Qinglian, 2006: *China in der Modernisierungsfalle*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Heberer, Thomas, 2008: Das politische System der VR China im Prozess des Wandels. In: Claudia Derichs/Thomas Heberer (Hg.), *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 21–177.
- Heberer, Thomas/Anja D. Senz, 2009: Reform, Demokratisierung, Stabilität oder Kollaps? Literaturbericht zur Entwicklung des chinesischen Herrschaftssystems. In: *Politische Vierteljahresschrift* 50(2), 306–326.
- Herr, Hansjörg, 2002: Tastendes Suchen: Chinas erfolgreicher Reformprozess. In: *Internationale Politik und Gesellschaft* 3/2002, 26–48.
- Herr, Hansjörg/Silke Tober, 1999: Unterschiedliche Marktconstellationen: Was unterscheidet die Entwicklung in der VR China von den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und den Visegrádstaaten. In: Hansjörg Herr/Kurt Hübner (Hg.), *Der „lange Marsch“ in die Marktwirtschaft: Entwicklungen und Erfahrungen in der VR China und Osteuropa*. Berlin: edition sigma, 77–118.
- Herrmann-Pillath, Carsten, 2006: *China's Path-Dependent Transition: Culture Mediating Between Market and Socialism*. <<http://ssrn.com/abstract=950698>>
- Holbig, Heike/Thomas Reichenbach, 2005: *Verbandliche Interessenvermittlung in der VR China: Der Bund für Industrie und Handel zwischen staatlichem Kontrollanspruch und privatwirtschaftlicher Selbstbehauptung*. Hamburg: Institut für Asienkunde.
- Hollingsworth, J. Rogers/Robert Boyer (Hg.), 1997: *Contemporary Capitalism: The Embeddedness of Institutions*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Holz, Carsten A., 2003: *China's Industrial State-Owned Enterprises: Between Profitability and Bankruptcy*. Singapur: World Scientific.
- Hsing, You-tien, 1998: *Making Capitalism in China: The Taiwan Connection*. Oxford: Oxford University Press.
- Huang, Yasheng, 2008: *Capitalism with Chinese Characteristics: Entrepreneurship and the State*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hung, Ho-fung, 2008: Rise of China and the Global Overaccumulation Crisis. In: *Review of International Political Economy* 15(2), 149–179.
- IMF (International Monetary Fund), 2004: *World Economic Outlook, Advancing Structural Reforms*, Washington, D.C. <www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2004/01/pdf/front.pdf>
- Itoh, Makoto, 2003: Sozialistische Marktwirtschaft und der chinesische Weg. In: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus* 7–8/2003.
- Jessop, Bob/Sum Ngai-Ling, 2006: *Beyond the Regulation Approach: Putting Capitalist Economies in Their Place*. Cheltenham: Edward Elgar.
- King, Lawrence P./Iván Széleányi, 2005: Post-Communist Economic Systems. In: Neil J. Smelser/Richard Swedberg (Hg.), *The Handbook of Economic Sociology*. Princeton: Princeton University Press, 205–229.

- Kui, Ng Beoy, 2007: *The Asian Production Networks and the Role of Overseas Chinese Business: A Critical Assessment*. Konferenzbeitrag, ChinaWorld International Conference „Made in China vs. Made by Chinese: Global Identities of Chinese Business“, Durham, 19.–20. März 2007. <www.dur.ac.uk/resources/china.studies/Ng%20Beoy%20Kui.doc>
- Lane, David/Martin Myant (Hg.), 2007: *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. Houndmills: Palgrave.
- Lane, Philip R./Sergio L. Schmukler, 2007: International Financial Integration of China and India. In: Alan L. Winters/Shahid Yusuf (Hg.), *Dancing with Giants: China, India, and the Global Economy*. Washington, D.C.: World Bank, 101–132.
- Lardy, Nicholas R., 1998: *China's Unfinished Economic Revolution*. Washington, D.C.: Brookings.
- Lardy, Nicholas R., 2002: *Integrating China into the Global Economy*. Washington, D.C.: Brookings.
- Ledeneva, Alena, 2008: Blat and Guanxi: Informal Practices in Russia and China. In: *Comparative Studies in Society and History* 50(1), 118–144.
- Lee, Ching Kwan, 1999: From Organized Dependence to Disorganized Despotism: Changing Labour Regimes in Chinese Factories. In: *The China Quarterly* 157, 44–71.
- Li, Minqi/Zhu Andong, 2005: *Neoliberalism, Global Imbalances, and Stages of Capitalist Development*. <www.peri.umass.edu/fileadmin/pdf/working_papers/working_papers_101-150/WP110.pdf>
- Li, Shaomin/Li, Shuhe/Zhang Weiying, 2000: The Road to Capitalism: Competition and Institutional Change in China. In: *Journal of Comparative Economics* 28(2), 269–292.
- Li, Shaomin/Xia Jun, 2008: The Roles and Performance of State Firms and Non-State Firms in fomic Transition. In: *World Development* 36(1), 39–54.
- Lippit, Victor D., 1997: Market Socialism in China? In: *Review of Radical Political Economics* 29(3), 112–123.
- Lo, Dic, 2007: *China's Quest for Alternative to Neo-Liberalism: Market Reform, Economic Growth, and Labor*. In: SOAS, University of London, Department of Economics, Working Papers, No. 153.
- Lo, Dic/Li Guicai, 2006: *China's Economic Growth, 1978–2005: Structural Change and Institutional Attributes*. Department of Economics Working Papers, No. 150. London: University of London, School of Oriental and African Studies.
- Lüthje, Boy, 2006: Ökonomische Modernisierung und industrielle Beziehungen im neuen chinesischen Kapitalismus. In: *Das Argument* 268, 61–75.
- Mann, Michael, 1998: *Geschichte der Macht, Dritter Band. Teil I: Die Entstehung von Klassen und Nationalstaaten*. Frankfurt a.M.: Campus.
- McMillan, John/Barry Naughton, 1996: Elements of Economic Transition. In: John McMillan/Barry Naughton (Hg.), *Reforming Asian Socialism: The Growth of Market Institutions*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 3–15.
- McNally, Christopher A., 2007: The Institutional Contours of China's Emergent Capitalism. In: Christopher A. McNally (Hg.), *China's Emergent Political Economy: Capitalism in the Dragons's Lair*. London: Routledge, 105–125.
- McNally, Christopher A./Chu Yin-Wah, 2006: Exploring Capitalist Development in Greater China: A Synthesis. In: *Asian Perspective* 30(2), 31–64.
- McNally, Christopher A./Guo, Hong/Hu Guangwei, 2007: *Entrepreneurship and Political Guanxi Networks in China's Private Sector*. East-West Center Working Papers, No. 19. Honolulu: East-West Center.
- Meyer-Clement, Elena/Gunter Schubert, 2004: *Greater China – Idee. Konzept. Forschungsprogramm*. Greater China Occasional Papers, No. 1. Tübingen: Universität Tübingen, Seminar für Sinologie und Koreanistik. <www.sino.uni-tuebingen.de/index.php?s=file_download&id=76>
- Naughton, Barry, 2007: *The Chinese Economy: Transitions and Growth*, Cambridge, MA: MIT Press.
- NBS (The National Bureau of Statistics of China), 2002: *Current Surveys Indicators*. <www.stats.gov.cn/english/programsandindicators/currentsurveysindicators/t20020419_17995.htm>
- NBS (The National Bureau of Statistics of China), 2007: *Statistical Yearbook of China 2007*. <www.stats.gov.cn/tjsj/ndsjsj/2007/indexch.htm>

- Nee, Victor, 2005: Organizational Dynamics of Institutional Change: Politiced Capitalism in China. In: Victor Nee/Richard Swedberg (Hg.), *The Economic Sociology of Capitalism*. Princeton: Princeton University Press, 53–74.
- Nee, Victor/Sonja Opper/Sonia Wong, 2007: Developmental State and Corporate Governance in China. In: *Management and Organization Review* 3(1), 19–53.
- Nee, Victor/Su Sijin, 1996: Institutions, Social Ties, and Commitment in China's Corporatist Transformation. In: John McMillan/Barry Naughton (Hg.), *Reforming Asian Socialism: The Growth of Market Institutions*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 111–134.
- North, Douglass C., 2005: The Chinese Menu (for Development). In: *The Wall Street Journal*, 7.04.2005. <<http://online.wsj.com/article/SB111283514152300351.html>>
- Pei, Minxin, 1994: *From Reform to Revolution: The Demise of Communism in China and the Soviet Union*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Pohlmann, Markus, 2002: *Der Kapitalismus in Ostasien: Südkoreas und Taiwans Wege ins Zentrum der Weltwirtschaft*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Puffer, Sheila M./Daniel J. McCarthy/Jeanne Wilson, 2007: Emerging Capitalism in Russia and China: Implications for Europe. In: *European Journal of International Management* 1(1/2), 146–165.
- Saich, Tony, 2004: *Governance and Politics of China*. Houndmills: Palgrave.
- SASAC (State-owned Assets Supervision & Administration Commission of the State Council, PRC), 2006: *General Information on Reform and Development of Central SOEs & Development of State-owned Assets Management System Reform*. <www.sasac.gov.cn/n2963340/n2964712/3059894.html>
- Saxenian, AnnaLee, 2005: Brain Circulation and Capitalist Dynamics: Chinese Chipmaking and the Silicon Valley-Hsinchu-Shanghai Triangle. In: Victor Nee/Richard Swedberg (Hg.), *The Economic Sociology of Capitalism*. Princeton: Princeton University Press, 325–351.
- Schmidt, Vivien A., 2003: French Capitalism Transformed, Yet Still a Third Variety of Capitalism. In: *Economy and Society* 32(4), 526–554.
- Schneider, Ben Ross, 2008: *Comparing Capitalisms: Liberal, Coordinated, Network, and Hierarchical Varieties*. <www.ces.fas.harvard.edu/events/papers/Schneider_Comparing_Capitalisms.pdf>
- Selden, Mark, 1993: *The Political Economy of Chinese Development*. Armonk: M.E. Sharpe.
- Selden, Mark/Lu Aiguo, 1993: The Reform of Landownership and the Political Economy of Contemporary China. In: Mark Selden, *The Political Economy of Chinese Development*. Armonk: M.E. Sharpe, 187–205.
- Spence, Jonathan D., 1995: *Chinas Weg in die Moderne*. München: Hanser.
- Streeck, Wolfgang, 2009: *Re-Forming Capitalism: Institutional Change in the German Political Economy*. Oxford: Oxford University Press.
- Streeck, Wolfgang/Kozo Yamamura (Hg.), 2001: *The Origins of Nonliberal Capitalism: Germany and Japan in Comparison*. Ithaca: Cornell University Press.
- Swedberg, Richard, 2005: The Economic Sociology of Capitalism: An Introduction and Agenda. In: Victor Nee/Richard Swedberg (Hg.), *The Economic Sociology of Capitalism*. Princeton: Princeton University Press, 3–40.
- ten Brink, Tobias, 2008: *Geopolitik: Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Tsai, Kellee S., 2007: *Capitalism without Democracy: The Private Sector in Contemporary China*. Ithaca: Cornell University Press.
- Unger, Jonathan/Anita Chan, 1995: China, Corporatism, and the East Asian Model. In: *Australian Journal of Chinese Affairs* 33(1), 29–53.
- Wade, Robert, 1990: *Governing the Market: Economic Theory and the Role of Government in East Asian Industrialization*. Princeton: Princeton University Press.
- Walder, Andrew G., 1995: Local Governments as Industrial Firms: An Organizational Analysis of China's Transitional Economy. In: *American Journal of Sociology* 101(2), 263–301.
- Walker, Richard/Daniel Buck, 2007: The Chinese Road: Cities in the Transition to Capitalism. In: *New Left Review* 46(7–8), 39–66.

- Walter, Carl E./Fraser J. T. Howie, 2003: *Privatizing China: The Stock Markets and Their Role in Corporate Reform*. Singapur: John Wiley & Sons.
- Wank, David L., 1999: *Commodifying Communism: Business, Trust, and Politics in a Chinese City*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wilson, Jeanne, 2007: China's Transformation towards Capitalism. In: David Lane/Martin Myant (Hg.), *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. Houndmills: Palgrave, 239–257.
- Wong, Christine, 2007: Budget Reform in China. In: *OECD Journal on Budgeting* 7(1), 1–24.
- World Bank (Hg.), 2009: *Global Economic Prospects: Commodities at the Crossroads*. Washington, D.C.: World Bank.
- Wu, Fulong, 2008: China's Great Transformation: Neoliberalization as Establishing a Market Society. In: *Geoforum* 39, 1093–1096.
- Wu, Jinglian, 2005: *Understanding and Interpreting Chinese Economic Reform*. Singapur: Thomson.
- Yang, Dali L., 2004: *Remaking the Chinese Leviathan: Market Transition and the Politics of Governance in China*. Stanford: Stanford University Press.
- Yeung, Henry Wai-chung, 2006: Change and Continuity in Southeast Asian Ethnic Chinese Business. In: *Asia Pacific Journal of Management* 23(3), 229–254.
- Yeung, Henry Wai-chung/Kris Olds, 2000: Globalizing Chinese Business Firms: Where Are They Coming From, Where Are They Heading? In: Henry Wai-chung Yeung/Kris Olds (Hg.), *Globalization of Chinese Business Firms*. New York: Macmillan, 1–28.
- Zhang, Wei/Gao, Jian/Steven White/Paul Vega, 2007: Venture Capital and the Financing of China's New Technology Firms. In: Christopher A. McNally (Hg.), *China's Emergent Political Economy: Capitalism in the Dragons's Lair*. London: Routledge, 60–82.
- Zheng, Yongnian, 2007: *De Facto Federalism in China: Reforms and Dynamics of Central–local Relations*. Singapur: World Scientific.

Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

MPIfG Discussion Papers

DP 09/8
W. Streeck
Institutions in History: Bringing Capitalism Back In

DP 09/7
M. Höpner, A. Petring,
D. Seikel, B. Werner
**Liberalisierungspolitik:
Eine Bestandsaufnahme
von zweieinhalb Dekaden
marktschaffender Politik in
entwickelten Industrieländern**

DP 09/6
B. Harrington
**Trust and Estate Planning:
The Emergence of a Profession
and Its Contribution to Socio-
Economic Inequality**

DP 09/5
J. S. Ahlquist, C. Breunig
**Country Clustering in
Comparative Political Economy**

DP 09/4
H. Callaghan
**Constrain-Thy-Neighbor
Effects as a Determinant of
Transnational Interest
Group Cohesion**

DP 09/3
D. Stark, B. Vedres
**Opening Closure:
Intercohesion and
Entrepreneurial Dynamics
in Business Groups**

DP 09/2
J. Beckert
**Koordination und Verteilung:
Zwei Ansätze der Wirtschafts-
soziologie**

MPIfG Working Papers

WP 09/16
B. Dankbaar, G. Vissers
Of Knowledge and Work.

WP 09/15
S. Mitchell, W. Streeck
**Complex, Historical, Self-
reflexive: Expect the
Unexpected!**

WP 09/14
G. Piotti
**German Companies Engaging
in China: Decision-Making
Processes at Home and
Management Practices in
Chinese Subsidiaries**

WP 09/13
W. Streeck
**Flexible Employment, Flexible
Families, and the Socialization
of Reproduction**

WP 09/12
F. W. Scharpf
**The Double Asymmetry of
European Integration –
Or: Why the EU Cannot Be
a Social Market Economy**

WP 09/11
W. Streeck
**Man weiß es nicht genau:
Vom Nutzen der Sozialwissen-
schaften für die Politik**

WP 09/10
J. Beckert
**Die Anspruchsinflation des
Wirtschaftssystems**

MPIfG Books

J. Beckert,
C. Deutschmann (Hg.)
Wirtschaftssoziologie
VS-Verlag, 2009

S. Freye
**Führungswechsel: Die
Wirtschaftselite und das Ende
der Deutschland AG**
Campus, 2009

C. Crouch/H. Voelzkow
**Innovation in Local Economies:
Germany in Comparative
Context**
Oxford University Press, 2009

B. Rehder, T. von Winter.,
U. Willems (Hg.)
**Interessenvermittlung in
Politikfeldern: Vergleichende
Befunde der Policy- und
Verbändeforschung**
VS-Verlag, 2009

K. van Kersbergen,
P. Manow (eds.)
**Religion, Class Coalitions,
and Welfare States**
Cambridge University Press,
2009

C. Trampusch
**Der erschöpfte Sozialstaat:
Transformation eines
Politikfeldes**
Campus, 2009

M. Busemeyer
**Wandel trotz Reformstau:
Die Politik der beruflichen
Bildung seit 1970**
Campus, 2009

Ordering Information

MPIfG Discussion Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF file from the MPIfG website (free).

MPIfG Working Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF file from the MPIfG website (free).

MPIfG Books

At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

www.mpifg.de

Go to *Publications*.

New Titles

Consult our website for the most complete and up-to-date information about MPIfG publications and publications by MPIfG researchers. To sign up for newsletters and mailings, please go to *Service* on the MPIfG website. Upon request to info@mpifg.de, we will be happy to send you our Recent Publications brochure.

ERPA

MPIfG Discussion Papers and MPIfG Working Papers in the field of European integration research are included in the *European Research Papers Archive (ERPA)* which offers full-text search options: <http://eiop.or.at/erpa>.